

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Bestellgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Stoltebuserdamm 33 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate:
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellenangebote 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Veramm-
lungsanzeigen 12, 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 21.

Berlin, den 22. Mai 1909.

25. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Jahresbericht des Verbandsvorstandes für 1908 ist in dieser Woche versandt worden. Alle diejenigen Bevollmächtigten, welche bis zum 25. d. M. nicht in den Besitz des Jahresberichts gekommen sind, wollen uns dies mitteilen, damit wir für Zusendung sorgen können.

2. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Mannheim-Ludwigshafen der Buchbinder Jean Baptist Bauer, Buchnummer 59 744, aus München.

3. Um Zeitwörter im Kleben der Beitragsmarken zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 30. Mai bis 5. Juni das mit Ziffer 22 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Der Verbandsvorstand.

Zur Tarifreform in den Vereinigten Staaten.

Seit Monaten steht das politische Leben in Amerika unter dem Zeichen der Tarifreform. Unter der Parole „Tarifreform“ wurde die Präsidentschaftswahl durchgeführt. Fast erhielt die Stimmen, weil man von ihm eine vernunftgemäße Reform erwartete, und heute noch lebt die ganze amerikanische Wirtschaft unter dem Zeichen der Zollrevision, meint, wenn erst der Tarif unter Dach und Fach sei, dann sofort wieder zu frühlicher Lage in die Hochkonjunktur hineingehen zu können, die um so viel profitabler erscheint, als ja dann die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet sein wird.

Der neue Zolltarifentwurf ist kürzlich vom Repräsentantenhaus in dritter Lesung mit 217 gegen 161 Stimmen angenommen worden. Damit ist die Tarifrage in ein neues, entscheidendes Stadium getreten. Zum Verständnis das folgende:

Die amerikanische Konstitution ordnet eine gesetzgebende, eine richterliche und eine exekutive Gewalt an. Die gesetzgebende Gewalt ist der Kongress der Vereinigten Staaten. Er setzt sich zusammen aus dem Repräsentantenhaus, das 388 Mitglieder zählt, die auf zwei Jahre gewählt werden, und aus dem Senat, dessen 92 Senatoren — aus jeder gesetzgebenden Versammlung der Unionstaaten 2 — auf sechs Jahre gewählt werden, und zwar so, daß alle zwei Jahre je ein Drittel ausscheidet. Der Senat hat die gesetzliche Befugnis, den vom Repräsentantenhaus beraten und beschlossenen Gesetzesvorlagen **A m e n d e n t s** anzufügen. Durch diese gesetzliche Befugnis ist das Schicksal des Tarifes bis heute in seinem ganzen Umfang noch nicht entschieden, trotzdem man über großen Reich sehrwünscht, die neuen Zölle schon zum ersten Juni in Kraft treten zu lassen.

Der Rahmende Tarifentwurf, nach seinem geistigen, im Repräsentantenhause sitzenden Vater Payne so genannt, ist jetzt zur Beratung im Senat. Die Senatoren haben den Entwurf nach ganz kurzer Beratung der Finanzkommission überweisen, innerhalb deren Reihen erfolgt jetzt die Durchberatung und Amendierung. Der Vorsitzende der Finanzkommission, Senator Aldrich, hat sie in die Hände genommen. Darob herrschte großer

Zubel in Jerusalems Mauern. War doch durch sehr geschickte Propaganda betont worden, daß Aldrich den Payneentwurf soweit nach unten amendieren werde, daß die meisten Sätze wieder auf den Stand des jetzt noch in Geltung stehenden Dingleytarifes zurückgeführt werden würden. Es sei dies überdies schon soweit* geschehen, daß man sich frage, warum überhaupt die Zölle revidiert werden sollten.

Diese Musik, auf die auch unsere lieben deutschen Unternehmer, wenigstens soweit ihre Zeitungen in Frage kommen, auch hereingefallen sind, ist in Wirklichkeit eine Herabsetzung nach oben! Erst in den letzten Tagen hat der Finanzausschuß des Senates eine Statistik veröffentlicht, in der für jeden zollpflichtigen Artikel die Einnahmen des Jahres 1907 stehen und daneben zum Vergleich die zu erwartenden Einnahmen bei angenommener gleicher Einfuhrhöhe unter dem in Beratung stehenden Tarif. Es ergibt sich dabei eine Steigerung von rund 10 Millionen Dollar. Zudem ist dies gar nicht der richtige Umfang der Zollerhöhungen; er liegt in den administrativen Bestimmungen verborgen. Davon weiter unten. Senator Aldrich hat es, wobei ihm seine größere Sachkenntnis gegenüber Payne ohnedies im Vorteil läßt, sehr gut verstanden, die Öffentlichkeit für seinen revidierten Tarif zu begeistern. Nicht nur in der politischen Hauptstadt Washington, sondern auch in der wirtschaftlichen Hauptstadt New York herrscht so allgemeine Zufriedenheit mit der Senatsamendierung.

Die graphische Industrie, überhaupt alle papierverarbeitenden Industrien, selbstverständlich ist da die Buchbinderbranche auch mit einbegriffen, brauchen sich aber keine Illusionen zu machen. An dem Abschnitt M des Rahmentarifes, zu dem Papier, lithographische Drucke, Zigarrenetiketten, Pappdeckel, Postkarten, Papierkuberts usw. gehören, sind durch Aldrich so gut wie keine Minderungen vorgenommen worden! Nur Tapeten sind um 5 Cents niedriger eingestellt. Also sind die Schwärmerlein der Unternehmerrblätter der Papierbranche hinfällig, die schon meinten, daß die gefürchteten Zollerhöhungen wieder beseitigt worden seien. Eine Herabsetzung wirklich wichtiger Einfuhrprodukte ist durch die Finanzkommission des Senates auch noch aus einem anderen Grunde nicht erfolgt. Der Tarifentwurf ist in allen seinen Teilen darauf zugeschnitten, den mächtigen Trusts und Interessensvereinigungen nicht zu nahe zu treten, ihnen die Konkurrenz des Auslandes vom Halse zu halten. Auch für das graphische Gewerbe bestehen Vereinigungen der Großproduzenten, die besonders geründet wurden, um die amerikanischen Interessen möglichst energisch vertreten zu können. Sie haben schon bei den Vorberatungen des Tarifes, beim „Mittel- und Wege-Komitee“ dafür gesorgt, daß der Unterschied zwischen den deutschen und den amerikanischen Produktionskosten möglichst groß erscheine. Diese Differenz nur soll ja nach der Präsidentschaftsrede Lafts durch den neuen Tarif ausgeglichen werden. Um die Differenz recht hübsch deutlich erscheinen zu lassen, brachten die Herren die **D u r c h s c h n i t t s** Löhne wie sie den deutschen Krankenkassen zugrunde gelegt sind, als deutsche Löhne. Man denke zum Beispiel an den Durchschnittslohn, den die Berliner Ortskasse unserer

Branchen rechnet. Als es zu spät war, brachte die deutsche Regierung einen riesigen Haufen Lohnmaterial zur amerikanischen Regierung und die deutschen Unternehmer schrien dazu etwas von Verzicht ihrer Geschäftsgeheimnisse, diese — Schlauberger. Tatsache bleibt es ja, trotz der zu niedrigen Angabe der deutschen Löhne, daß der Arbeiter über dem großen Wasser besser bezahlt wird als der deutsche; nun, darüber wird mit unseren Unternehmern noch einiges zu reden sein, wenn die Zollfrage in Amerika erledigt ist.

Zu den Sympathien der Aldrichvorlage hat sehr viel mit beigetragen, daß er es verstand, wie wir schon einmal anführten, die Proteste der Amerikaner für sich auszunutzen, so den Protest gegen die „Verteuerung des Frühstückstisches“ und die Verteuerung der Frauenkleidung, die in den hohen Zollsätzen Payne lagen und nur beabsichtigt waren, um die amerikanischen Inlandspreise für die Produkte steigen zu lassen. Aldrich stellte die Zollfreiheit für Tee, Kakao und Kaffee wieder her und gab scheinbar dem Petitionsturm der 250 000 amerikanischen Frauen nach, die gegen die gewaltige Verteuerung der Strumpfwaren und Handschuhe protestierten. Durch ihn kamen in den Entwurf die alten Bestimmungen des jetzt noch gültigen Dingleygesetzes wieder zum Leben, die überdies auch schon eine genügend hohe Verzollung darstellten, getragen sie doch durchschnittlich 50 bis 60 Proz. Die größte Gefährlichkeit zeigte aber Aldrich in der Veruhigung der Farmer. Diese sind die einzigen, die endlich eine Revision des Zolltarifes wünschen. Sie verlangten von der privaten Steuer zugunsten der Industrie, die sie durch die Verteuerung ihrer Kleider und Schuhe, ihrer Maschinen und Geräte, der von ihnen gebrauchten Wädhölzer usw. zahlen müssen, befreit zu werden. Da auf den genannten Produkten Zölle liegen, trat doch mit Inkrafttreten derselben ihre natürliche Wirkung als Steigerung der Inlandspreise bis um den Zollbetrag in Erscheinung, und gegen diese „private Verteuerung“ protestierten die Farmer sehr energisch. Hätte Aldrich ihrem Verlangen Rechnung getragen, so wäre er dadurch den größten Trustsinteressen etwas näher gerückt, und sein ganzes Bestreben ist doch ängstlich und schlau darauf gerichtet, den großen Produzentenorganisationen zu helfen, die Waren noch weiter zu verteuern. Er beschritt darum den anderen Weg — in seinem Entwurf sind den Farmern auf ihre Produkte ebenfalls Zölle gewährt. Wie aber von Eingeweihten versichert wird, sind es mehr Veruhigungsmitteln als wie wirkliche Gegenleistungen.

Am allerwichtigsten an der ganzen Reformbill ist die Abteilung, die die administrativen Bestimmungen festlegt. Sie sind bis jetzt ganz allgemein viel zu wenig beachtet worden, trotzdem in ihnen eine noch malige, und zwar eine heute noch unabherrschbare und nicht einzuschäbende Zollerhöhung liegt. Aldrich hat bis jetzt seine Amendements zu den administrativen Bestimmungen Paynes überhaupt noch nicht bekanntgemacht, es mag dahinter irgendein besonderer Schachzug stecken. Es wäre aber durchaus falsch, annehmen zu wollen, daß sie die gegen Deutschland und dann auch Frankreich in allererster Linie gerichteten Spitzen befechtigen wollen.

Die Feststellung des Wertes wird nach der neuen Bill durch eine ganz andere Methode vorgenommen. Bis jetzt werden — dies ist durch das Handelsprovisorium mit Deutschland besonders festgelegt —

Aus dem Fachgewerbe.

Die Lage im Papiergewerbe. — Preisunterbietungen. — Arbeitslosende. — Wirtungen des Volkstums? — Kapitalkonzentration. — Gründung einer neuen Fabrikantenorganisation. — Unternehmensfragen. — Das Paradies der Kartomagenfabrikanten. — Ein neuer eiserner Kollege.

Folgende, der Fachpresse entnommene Notiz wirkt ein großes Schlaglicht auf die Lage im Papiergewerbe: „Seit dem Frühjahr vorigen Jahres haben wir in Deutschland wohl in fast allen Industriezweigen einen großen Rückgang zu verzeichnen gehabt. Den stärksten Rückgang hat jedoch die Papierindustrie aufzuweisen. Gut geleitete Papierfabriken, deren Fabrikate mit Vorliebe gekauft wurden und die stets mit gutem Gewinn arbeiteten, wissen heute nicht ein noch aus. Seit langem haben sie die Produktion herabgesetzt, aber es gelingt nicht, genügend Aufträge zu erhalten. Und warum nicht? Es gibt Papierfabriken, die Aufträge zu jedem Preise annehmen, nur um sagen zu können „wir haben zu tun“. Sie bedenken dabei nicht, wieviel sie an den Lieferungen verlieren und wie sie dadurch den Papiermarkt noch mehr herunterbringen. Mit diesem System der Unterbietungen ist aber niemandem gedient. Dem Papierhändler ist es gleich, welchen Preis eine Papierforte kostet, ihm ist es darum zu tun, daß der Verkaufspreis überall ein möglichst gleichmäßiger ist. Durch die fortwährenden Unterbietungen werden aber die Bestände der Händler entwertet. Für das Jahr 1909 besteht noch keine Aussicht zur Besserung. Große Neuanlagen befinden sich im Bau, die ihren Teil dazu beitragen werden, den Geschäftsgang zu verschlechtern. Unter anderen läßt eine im Bau befindliche große Papierfabrik am Rhein, die eine tägliche Produktion von acht Doppelladungen Papier vorzieht, schon heute, wo sie den Betrieb noch gar nicht eröffnet hat, durch ihre Agenten die Händler besuchen und warnt, Schlüsse zu tätigen. Diese Fabrik bietet Subvertpapiere zu 24 bis 25 Pf. an, die bei schlechten Zeiten pro Kilo 30 Pf. kosten. Eine andere Papierfabrik A.-G., die auch große Zellulosefabriken hat und ihre geringere Zellulose infolge der schlechten Geschäftslage nicht los wird, fabriziert Papiere und verkauft holzfrei Zellulosepad zu 20 bis 21 Mk. die 100 Kilo, bei Doppelladungsbezug frei Station des Empfängers. Dieses ungläubliche Angebot erfolgt durch eine Papierhandlung, um den Ursprung des verschleuderten Materials zu bedenken und um die Papierfabrikanten, welche dieser Firma noch Zellulose abkaufen, nicht zu erbittern. Bedenken wir, mit welchen Schwierigkeiten die bestehenden großen Zellulosefabriken und Papierfabriken zu kämpfen haben,

Artikel, die nur für den Export hergestellt worden sind und deswegen keinen wirklichen Marktpreis in der Heimat haben, nach dem Exportpreise abgeschätzt. Dies hat sehr wesentliche Vorteile. Deutschland produziert besonders viele Waren nur für den Export. Da nun die Exportpreise fast immer niedriger sind, als die heimischen Marktpreise, und zum anderen die Waren bei der Einfuhr durch die amerikanischen Zollbeamten nicht willkürlich auf die Produktionskosten abgeschätzt werden können, so haben die deutschen Exporteure davon mancherlei Gewinn. Es sollen allerdings mittels dieser Bestimmung auch ganz unerhörte Unterpreisangaben von den Exporteuren gemacht worden sein, die natürlich für die Hochschutzzollfreunde überm großen Wasser gefundenes Agitationsmaterial gewesen sind, welches sie äußerst geschickt ausgenutzt haben. Auch darüber wird noch einiges zu sagen sein, wenn die Zollfrage erledigt ist.

Man hat im administrativen Abschnitt eine Bestimmung für die Waren geschaffen, die im Herkunftslande keinen offenen Markt haben, und die nach den Vereinigten Staaten nicht unmittelbar verkauft, sondern an dortige Agenten und Kommissionäre konfigniert werden. Wir bringen den Passus wegen seiner weittragenden Bedeutung im Original nach einer guten Uebersetzung. Der Passus lautet: „Der tatsächliche Marktwert oder Großhandelspreis (nach gesetzlicher Definition) irgendeiner Ware, die zum Verkauf in den Vereinigten Staaten konfigniert ist oder die im offenen Markte des Ausfuhrlandes nicht wirklich allen Käufern in den üblichen Großhandelspreisen verkauft und uneingeschränkt zum Kaufe ausgebaut wird, soll in keinem Falle niedriger eingeschätzt werden als zu dem Großhandelspreis, zu dem in den Vereinigten Staaten solche oder ähnliche eingeführte Ware in den üblichen Großhandelsquantitäten allen Verkäufern im offenen Markte wirklich verkauft und uneingeschränkt zum Kaufe angeboten wird, nachdem ein gebührender Abzug gemacht worden ist und für den darauf geschätzten Zollbetrag, Transportkosten, Versicherung und andere notwendige Aufwendungen vom Verladungsort zum Lieferungsorte, und eine billige Provision von nicht über 10 Proz., wenn überhaupt eine solche bezahlt worden ist.“

Der langen juristischen Rede kurzer Sinn ist, daß nach Amerika an Kommissionäre usw. exportierte Waren nicht mehr nach dem Exportpreis, sondern nach dem amerikanischen Großhandelspreis bezollt werden. Wer wird nun den amerikanischen Großhandelspreis feststellen? Die Fabrikate haben keinen Börsenkurs;

Handelskammern, die in Frage kommen könnten, gibt es in Amerika nicht und die Zollbeamten wünschen alle schon aus Verur hohe Zölle. Es bleiben nur noch die amerikanischen Produzenten selbst übrig. Und diese werden es — zumal in den Branchen, wo sie gut und fest organisiert sind — dazu geöhrt ja auch unser engerer Beruf — sich nicht an einem „anständigen“ amerikanischen Großhandelspreis fehlen lassen. Wie würden es denn unsere lieben deutschen Unternehmer in einem ähnlichen Falle machen? Mit der hohen Preisfestsetzung ist ja zugleich der andere Vorteil verbunden, in Amerika selbst ebenfalls hohe Preise fordern zu können!

Alles in allem, wenn auch noch nichts über das endgültige Aussehen des Zolltarifes gesagt werden kann, so steht heute schon fest, daß der amerikanische Markt in seiner alten Gestalt und in seinem alten Umfang für die Papier- und deren Tochterindustrien als verloren gelten muß. Die Unternehmer werden sich zu helfen wissen, teils durch die „New Yorker Handelszeitung“ mit — und dies wurde uns auch von anderer Seite vollkommen bestätigt —, daß sich deutsche Unternehmer schon jetzt damit beschäftigen, nach dem Inkrafttreten des neuen Tarifes in Amerika eigene Zweigfabriken zu errichten. Und der deutsche Arbeiter mag dann sehen, wo er bleibt. Der deutsche Michel hat ja überhaupt nur das Recht zu arbeiten, aber nicht die staatliche Erlaubnis zu leben.

Die deutsche Hochschutzzollpolitik zeitigt in der amerikanischen Tarifreform, die in allererster Linie gegen Deutschland gerichtet ist, ihre Früchte. Und dies sind nicht die einzigen! Frankreich arbeitet jetzt an einer Neuregelung seiner Zölle, auch da sind sicherem Vernehmen nach die Produkte der papierverarbeitenden Industrien Deutschlands mit dabei. Zum Ueberflus kommt jetzt noch die Meldung aus Schweden, daß die spezielle Kommission des Reichstages die Zolltarifreform beendet habe, daß deren Beratung beim Wiederausammentritt desselben im Januar 1910 sofort erfolgen soll und daß dabei vorgeesehen ist, auf die Produkte der Papierindustrie, in erster Linie auf lithographische Produkte und Zigarrenfabrikate, eine starke Zollerhöhung durchzuführen. Dabei wird selbstverständlich die deutsche Buchbindererei auch ihr gerüttelt und geschüttelt volles Maß abbekommen.

Segen der deutschen Schutzzollpolitik.

Kurt Heinig-Berlin.

Der Traum des Richters.

Von Edwin Kristan.

Es war eine Passion, Urteile zu sprechen, seit der junge Staatsanwaltsadjunkt Meiermann die Anklagen vertrat. Dieser hat den ganzen Lombroso im kleinen Finger. Da haben die Herren Verbrecher nichts zu lachen. Selbst die Spekulation auf mildernde Umstände schlägt jetzt gänzlich fehl. Es ist ja schon eine alte Gewohnheit der abgefeimten Wurschen, auf das weiche Herz der Richter oder der Geschworenen zu bauen, aber Meiermann beweist es an der Hand der Wissenschaft, daß Not, kranke Weiber und hungernde Kinder nichts als leere Ausreden sind. Auch Unbescholtenheit gilt ihm nichts, denn daß der alte Mensch da noch nie vor den Schranken des Gerichts gestanden, ist nur Zufall, aber ein Verbrecher war er trotz seiner Unbescholtenheit Zeit seines Lebens, weil er schon als solcher zur Welt gekommen ist. Meiermann liebt es dem Angeklagten von der Stirn, von den Ohren, von den Wadenknochen, von den Haaren ab, daß er ein geborener Dieb oder Defraudant ist. Zeugnisaussagen können voreingenommen, Leumundsnotizen beeinflusst sein, alle möglichen Entlastungsbeweise können aus einer Verkettung von Zufälligkeiten und Fehlschlüssen resultieren, aber was man sehen und betasten kann, ist untrüglich und darauf baut Meiermann seine niederschmetternden Anklagen, seine Plädoyers, seine Schuldspruchforderungen.

Der Gerichtsrat Grämlich kommt aus dem Staunen nicht heraus. Er hatte sich im Laufe seiner langjährigen Praxis gewöhnt, seine Urteile stets auf Grund des Strafgesetzbuches zu sprechen und dieses sogar recht milde aufzufassen. Als er als junger Adjunkt seine ersten Verhandlungen leitete, war er sehr schneidig. Diebstahl, Betrug, Landstreicherei, Wettspiele — das waren in seinen Augen Ungehörlichkeiten, und die Menschen, die solcher Dinge an-

geklagt vor ihm erschienen, galten ihm als Auswurf der Gesellschaft. Wie kann sich ein Mensch so weit vergessen, daß er eine Wurst stiehlt oder einen gefundenen Gulden selbst verbraucht? . . . Mit der Zeit nahm sein Gebanzenang eine ziemlich veränderte Richtung. Das Alltägliche muß immer den Charakter des Außerordentlichen, damit auch des Erstaunlichen, Schrecklichen verlieren. Und er mußte bald erkennen, daß Vergehen und Verbrechen recht alltägliche Dinge seien. Er betrachtete nun die Dinge schon mit anderen Augen. Auch Leute aus seinem Bekanntenkreise begegneten ihm im Tempel der Gerechtigkeit, und langsam kam er dazu, seine Fälle einfach geschäftsmäßig zu behandeln. Insofern es ihm überhaupt gelang, sich vom Buchstaben zu emanzipieren, bemerkte er, daß das Motiv der kriminellen Handlungen zumeist in der Not gelegen war und ein wenig erkannte er auch, wie vielseitig und formenreich das menschliche Elend ist. Ohne irgendwie sentimental zu sein, urteilte er denn doch meist so milde, als es mit Berücksichtigung des Strafgesetzbuches und in Anbetracht der Stimmung bei den höheren Instanzen überhaupt ging.

Da kam Meiermann mit seiner wissenschaftlichen Auffassung vom Verbrechen. Bei einer großen Verhandlung, über die die Blätter mit allen Details berichteten, wobei man also Ruhm ernten konnte, sprach Meiermann die großen Worte aus, daß vor den Augen der Justiz das Sachliche hinter dem Persönlichen ganz in den Hintergrund treten müsse. „Wir sind die Verteidiger und Meiniger der Gesellschaft. Wir wären kleinlich, wenn wir nur der Rache dienen, nur Strafe für begangenes Unrecht heißen wollten. Um die Gesellschaft zu retten, müssen wir sie von ihren unwürdigen Mitgliedern befreien. Den Mann, der mit dem Stempel des Verbrechers behaftet ist, treffe unsere starke Faust. Milde, Nachsicht und Verzeihung ist gleichbedeutend mit Vorschubleistung zum Verbrechen. Wir aber

sollen das Verbrechen beseitigen und das ist nur möglich, wenn wir die Verbrecher ausmerzen. Ich fasse mich daher ganz kurz: Ich fordere die äußerste Strenge des allzu milden Gesetzes.“

Meiermann wurde wirklich in kurzer Zeit berühmt, Grämlich aber begann zu grübeln. So war er also doch die langen Jahre hindurch in einem gewaltigen Irrtum befangen. So hat er also die Gesellschaft geschädigt, indem er aus falschem Mitleid mit den Unwürdigen, die Raubtieren gleich, infolge ihrer individuellen Eigenschaften Verbrechen begehen, Mitleid hatte. Der Gedanke fraß sich in sein Gehirn und gab ihm keine Ruhe mehr. Aber andererseits wurde es jetzt wenigstens nicht schwer, zu beurteilen; mit Meiermanns Argumenten konnte man sein Gewissen trefflich beruhigen.

In diesen Tagen bekam es Grämlich wieder einmal mit einem rückfälligen Dieb und Bagabunden zu tun. Sein Fall war diesmal durch eine Körperverletzung erschnert, die er einem Manne beibrachte, der ihn nach begangenen Diebstahl festhalten wollte. Meiermann hatte diesmal einen leichteren Standpunkt. Die Rückfälligkeit des alten Lumpen war ein schlagender Beweis für seine Theorien. Aber der Angeklagte war, wie Meiermann sich ausdrückte, schon zu verhärtet, um sich durch die Würde des Gerichtssaales und die Eloquenz seines ex officio Gegners sehr imponieren zu lassen. Nachdem der öffentliche Ankläger einige Kapitel über die Gefahr, die der Gesellschaft durch den geborenen Verbrecher droht, vom Stapel gelassen und der Verteidiger mit dem Aufgebot aller ihm zu Gebote stehenden Sophisterei verfuhr hatte, den Sinn der ebenso toten als starren mechanisch strengen Gesetzesbuchstaben ungeduldet, erbat er sich selbst das Wort. „Das sind nichts als Kunstleien“, sagte er; „der Herr Staatsanwalt hat sehr schön gesprochen und der Herr Advokat auch, aber für meinen Kopf ist der Alles Unsinn. Man soll mir Arbeit und Verdien geben, dann wird man für mich keinen Centus

um sich das genügende Rohmaterial (Holz) zu beschaffen, dann wie schwer diesen gut eingeführten Fabriken die Unterbringung des fertigen Fabrikates wird; beachten wir auch, welche Schwierigkeiten neue Fabriken überwinden müssen, um ins Geschäft zu kommen, so muß man staunen, daß es noch lächerliche Kapitalisten gibt, die ihr Geld in neuen Papierfabriken anlegen. Mehrere angesehenere Papierfabrikanten haben sich vor kurzem über die Preise gewisser Papierforten zu einigen versucht, aber ohne Erfolg. Gerade diejenigen Fabriken, welche seit Jahren mit Unterbilanz arbeiten und zweifelhaftes Fabrikat liefern, gehören zu den widerpenftigsten!"

Ganz so, wie hier geschildert, ist es. Nur vermigt man da, vor allem bei der letzten Behauptung, die Angabe des Grundes, warum dies so sein kann. Kein Mensch wird annehmen, daß der Unternehmer bei seinem Betriebe bar Geld zusehen wird. Dieser Köhlerglauben konnte man wohl früher verbreiten, als nur erst wenige Intelligente die kapitalistische Wirtschaftsweise durchschauten, aber die aufgeklärte Arbeiterschaft von heute hat für solche Märchen nur noch ein mitteilbares Lächeln übrig. Sie weiß ganz genau, daß es ihre Haut ist, aus der das Kapital Riemen schneidet, daß sie es ist, die die Kosten der schändlichsten Unterbietungen zu tragen hat. Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind die Mittel, die es dem Unternehmer ermöglichen, daß er „Aufträge um jeden Preis“ annehmen kann.

Die Unternehmer sorgen schon dafür, daß sie ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Das beweist uns das abgelaufene Jahr, das bekanntlich ein Krisenjahr allerersten Ranges war. Trotzdem allerorten über mangelnde Beschäftigung geklagt wurde, trotzdem das Heer der Arbeitslosen ganz gewaltig gestiegen ist, trotzdem haben es noch eine ganze Reihe Firmen fertiggebracht, einen ganz annehmbaren Ueberschuß zu erzielen. Ein Beispiel hierfür haben wir in dem Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft E. Gumbach in Bielefeld, die nach Abschreibungen in Höhe von 65 500 Mk. noch einen Reingewinn von 160 930 Mk. erzielte und dadurch die gewiß nicht zu verachtende Krisendividende von 8 Proz. (auf 1 300 000 Mk. Aktienkapital) verteilen konnte. 121 500 Mk. beschwinden in den unergründlichen Taschen von Vorstand, Aufsichtsrat und Aktionären, und ganze 1000 (eintausend) Mark werden dem Unterstützungsfondo der Beamten und Arbeiter zugewiesen. Und für diesen Bettelepfennig sollen letztere dann natürlich noch überaus dankbar sein und die Güte der Herren Kapitalisten in tausend Lie-

bern preisen. Auf 3900 Mk. beläuft sich das Unterstützungsfondo der Beamten und Arbeiter, aber 8800 Mk. rückständige Löhne stehen zu Buch. Eine treffliche Illustration zu der Farce von Wohlthätigkeitseinrichtung, die den Arbeiter zum Sklaven erniedrigen soll.

Der vorliegende Fall bildet durchaus keine Ausnahme, denn ein ähnlicher ist von der lithographisch-artistischen Anstalt München (vorm. Gebr. Dopacher) in München zu berichten. Eine lakonische Zeitungsnachricht besagt ganz kurz, daß der Aufsichtsrat genannter Firma bei erhöhten Abschreibungen und Rückstellungen aus dem diesjährigen Reingewinn eine Dividende von noch immer 6 Proz. zur Auszahlung bringen wird. Die überaus „saure Arbeit“ des Kapitalisten erfährt also trotz der erhöhten Abschreibungen und Rückstellungen eine recht achtbare Belohnung, während der Arbeiter, der erst diese Werte schuf, so dürrig wie nur möglich entloht wird. So wird der Arbeiter um den Ertrag seiner Hände betrogen. Ein Glück nur ist es, daß der Organisationsgedanke immer weitere Ausbreitung findet und darum verbindet, daß dem Arbeiter das Fell ganz über die Ohren gezogen wird. Wenn erst alle Arbeitshienen von der eigenen Macht überzeugt sein werden, dann ist es mit der Herrschaft des Geldsacks vorbei. Wie weit ihr Einfluß bei richtiger Anwendung heute schon geht, das zeigt die Aktiengesellschaft für Büttersich Verlag in Berlin, die das vergangene Geschäftsjahr mit einem Verlust von mehr denn 42 000 Mk. (bei nur 50 000 Mark Aktienkapital) abschloß. Dieser Verlust dürfte im wesentlichen auf den Vorkost zurückzuführen sein, den die im Kampfe um den Achtstundentag sich befindliche Buchdruckerergewerkschaft Americas auch in Deutschland gegen die Zweigniederlassung der Firma in Berlin veranlaßte. (Wir verweisen auf den Aufruf in letzter Nummer.)

Die Kapitaliskonzentrationen in unserem Berufe mehren sich. So hat sich in den letzten Tagen die Firma H. Stürck, Kgl. Univeritätsdruckerei in Würzburg, in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 1 400 000 Mk. umgewandelt. Die Firma betreibt Buchdruckerei, Steindruckerei, Buchbinderei und Verlagsgeschäft.

Auch nach der anderen Seite hin sieht man das Kapital sich zusammenziehen: Die Gründung eines neuen Fabrikantenverbandes steht bevor; die Bildung eines eigenen Verbandes der Faltschachtelfabrikanten. Diese gehörten seither zum Teil dem Verbands deutscher Steindruckereibesitzer resp. dessen beiden Unterabteilungen, Fachverband und Schutzverband der

Steindruckereibesitzer, an. Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten ist es, der diese Gründung in die Wege leitet. Am 21. Mai findet in Berlin zu diesem Zwecke eine Versammlung statt, die der Zentralverband im Namen von 12 größeren Firmen einberufen hat. Der Zusammenschluß der Unternehmer geht überaus schnell vor sich. Die gegenwärtige wirtschaftliche Misere gibt eine gute Resonanz zu ihren Agitationsarbeiten und diese finden darum willige Hörer in Masse. Anders bei der Arbeiterschaft, die solche Zeichen der Zeit anscheinend noch nicht versteht und noch nicht begriffen hat, daß auch sie dem Beispiel der Unternehmer folgen müsse. Wann wird das anders werden?

Die Kartonnagenfabrikanten sind überhaupt augenblicklich recht regsam. Neben einer Unmasse von Artikeln in der „Kartonnagenzeitung“, die trotz aller möglichen und unmöglichen Unterzeichnungen der Firma Boffe-Dreifuß nicht fern stehen, halten sie in diesen Tagen eine ganze Reihe von Generalversammlungen ab. Am Sonnabend, den 22. Mai, tagt in Berlin der Verband der norddeutschen Kartonnagenfabrikanten, am 23. Mai an gleicher Stelle der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten, am 13. Juni der Verband der Etuisfabrikanten Deutschlands in Pforzheim. Die Tagesordnungen des erst- und des letztgenannten Verbandes können wir für heute übergehen. Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten wird sich beschäftigen mit dem Jahres- und Klassenbericht, der Neuwahl des Vorstandes, mit der geplanten zukünftigen Verbandsstätigkeit, mit den eingelaufenen Anträgen und mit diversen sonstigen Angelegenheiten. Unter den „eingelaufenen Anträgen“ sind besonders namhaft gemacht: die Errichtung der Kartonnagenmesse in Leipzig, Verteilung der Diplome für treue Mitarbeit, Abschluß eines Vertrages mit einer Versicherungsgesellschaft gegen Haftpflicht, Stellungnahme zur Gefängnisarbeit, sowie mit einigen anderen sorgsam geheim gehaltenen Anträgen, die „erst vor Beginn der Sitzung bekanntgegeben werden“. Der Verband der süddeutschen Kartonnagenfabrikanten hat seine Generalversammlung bereits hinter sich. Diese hat am 2. Mai in Frankfurt a. M. stattgefunden. Dort wurde festgestellt, daß der Verband seit der letzten Generalversammlung 1908 um 31 Mitglieder zugenommen habe, so daß er jetzt 166 Mitglieder zählt. Auch diese Generalversammlung beschäftigte sich mit der Gefängnisarbeit, sowie mit der Errichtung von Arbeitsnachweisen. Selbstverständlich werden Referate, Diskussionen und Beschlüsse der Versammlung fein säuberlich unterdrückt. Was aber bei

anwalt und keinen Advokaten und auch keinen Richter brauchen. Ich habe gestohlen und als man mich aufhalten wollte, habe ich zugeschlagen, weil ich nicht eingesperrt werden wollte. Der Herr Staatsanwalt glaubt, daß ich wegen meiner „Ohnmacht“ gestohlen habe; aber das weiß ich besser. Ich habe wegen meines Magens und des Magens meiner Kinder gestohlen. Wenn man den Herrn Staatsanwalt oder den Herrn Advokaten einsperren und ihm dann keine Arbeit mehr geben würde und er hätte zu Hause ein abgeracktes, todkrankes Weib und ein paar hungrige Schreihälse, so weiß ich nicht, was sie tun würden. Aber ich weiß, was ich tun werde. Jetzt wird man mich einsperren und wenn ich herauskomme, werde ich wieder stehlen müssen und dann wird man mich wieder einsperren und so wird es wahrscheinlich fortgehen.“

Für Meiermann waren diese Worte, wie man sagt, gefundenes Fressen. Ein Mann, der im Moment vor seiner Verurteilung versichert, daß er wieder stehlen werde! Der da sagt, daß er stehlen müsse. Dieses Stehlenmüssen ist ein integrierender Bestandteil seines Charakters, der seine Gefährlichkeit beweist, und woraus klar und deutlich hervorgeht, daß man solche Menschen unschädlich machen müsse, wenn die Gesellschaft, ohnehin schon in ihren Grundfesten erschüttert, nicht gänzlich zerstört werden soll. Daher weg mit dem falschen Mitgefühl, das die Phrasen vom knurrenden Magen, vom kranken Weib und den hungernden Kindern wie in allen Fällen von Eigentumsdelikten so auch hier erwecken könnten. Schützen wir die Gesellschaft gegen die mächtig anschwellende Gefahr! . . .

Meiermann feierte wieder einen vollen Triumph. Der Angeklagte wurde mit Verurteilung erschwerverender und unter Ausschluß mildernder Umstände zur höchsten gesetzlichen Strafe verurteilt. Grämtlich fühlte sich aber an diesem Tage sehr unbehaglich. In seinem Gehirn krabbelte etwas unbestimmtes herum; er hatte keinen rechten Appetit

und keine Lust, sich zu zerstreuen. Hier und da ertrappe er sich bei dem Gedanken an die Gerichtsverhandlung, ohne sich indes klar werden zu können, warum seine Erinnerung so gerne dahin zurückkehre. Gegen Abend fühlte er sich sogar ausgesprochen dümm. Er hatte etwas wie eine Halluzination. Vor seinem Auge erschien der angeklagte und verurteilte Dieb vom Vormittag und seine Erscheinung verwob sich plötzlich so mit seinem eigenen Ich, daß er einen Augenblick die Empfindung hatte, selbst der Verurteilte zu sein. Er mußte seinem Gehirn förmlich Gewalt antun, um sich von solchen Bahnvorstellungen zu befreien. Nachdem er sich dann zu Bett begeben, befahlen ihn nervöse Aufregungen und Beklemmungen und sehr spät verfiel er in einen unruhigen Schlaf.

Da hatte er einen Traum. Er befand sich im Gerichtssaale, hatte aber nicht die richterliche Robe an. Statt in der Loge saß er in einem langen, schwarzen Kittel, wie ihn Metzger bei Ordinationen und Operationen tragen. Und der Gerichtssaal hatte ein eigentümliches Aussehen. Da stand ein langer Tisch mit einer glatten, weißen Platte und daran gab es Röhren und Öffnungen; am Ende desselben standen zwei große, gaxene Gefäße, kurzum, der Raum sah aus wie ein ärztlicher Operationsaal. Auch merkwürdige Instrumente waren da vorhanden und auf dem Operationstisch lag ein regungsloser Körper. Ein Leichnam. Und plötzlich erkannte Grämtlich, daß es sein eigener Körper ist, welchen er sezieren muß. Mit einer eigentümlichen, bangen Nede im Kopfe beugte er sich über den Kadaver, welcher ihm einen unerklärlichen Abscheu einflößte. Es war ihm ein Rätsel, warum sich der Mann, er selbst, nicht den Bart rasieren habe. Dünne, wie derselbe war, bildete er keine Zierde des Gesichtes, aber — aber — ja, Meiermann — Meiermann würde sagen, daß es ein Verbrechersymptom sei. Die Stirn war niedrig und hatte eine eigentümliche, wenig regelmäßige Form. Wie hätte

Meiermann den Gang zum Schlichten von derselben abgesehen! Aber dann noch die absteigenden Ohrklappen und hervorragenden Backenknochen. Mit wachsendem Säreden betrachtete Grämtlich das starre Gesicht. Ohne Zweifel — so ist der Typus des geborenen Verbrechers. Und anstatt hinter Kerkermauern im Interesse der Wohlfahrt der guten Gesellschaft unmöglich gemacht zu sein, geht dieser Körper bei Tage frei umher, setzt sich sogar im Gerichtssaal in den großen Lehnstuhl hinter dem grün überzogenen Tisch, auf welchem das Kreuzifix steht, und urteilt über Menschen, die gerade so geartet sind wie er selbst! . . . Während sein von einer Zentnerlast gedrücktes Gehirn in dieser Weise arbeitet, hantiert die Hand unbewußt mit dem Messer. Siehe, dieser Körper hat einen Magen, in welchem fast zu lesen ist, daß er um jeden Preis Nahrung haben will; Zeugungsorgane, welche Genüge für ihre Funktionsbedürfnisse fordern; Blutgefäße, durch welche ein Saft zum Gehirn dringt und dort unstillbares Verlangen und unbefriedigbare Wünsche erzeugt. Blöchtig springt der Leichnam empor, packt seinen Doppelgänger an der Gurgel, daß ihm der Atem vergeht, rüttelt und schüttelt ihn und gibt ihm Worte in die Ohren, daß ihm das Rückenmark dabei zu erfrieren droht. Aber er selbst und der sezierete Leichnam sind doch eins und die Stimme, welche seine Nerven in unerhörter Weise packt, scheint aus einer Grabwelt oder aus seiner eigenen Brust oder aus irgendwelchen unbekanntem Sphären zu kommen. . . . Wer gibt dir das Recht dazu? . . . Worin unterscheidest du dich von ihnen? . . . Du kennst das Gesetz und die Moral; du kennst die angeborenen Instinkte; kennst du auch den Hunger und das Elend und die Verzweiflung und den Wahnsinn und die eiserne Not des Verbrechers? . . .

(Schluß folgt.)

einer Diskussion über solche Gegenstände, wie die Arbeitsnachweise, herauskommen kann, das ist nicht sonderlich schwer zu erraten.

Der arme geplagte deutsche Unternehmer hat es aber auch gar nicht leicht, seinen Kollegen in Oesterreich nachzukommen, der schon seit längerem als Nutznießer des Paradieses verfahren wird. Eine englische Fachzeitung brachte nämlich vor einiger Zeit eine Notiz folgenden Inhalts: „Das Paradies für den Kartonnagenfabrikanten aber ist, soweit ich den Kontinent habe kennen gelernt, Oesterreich. Industriell nicht so hoch entwickelt als Deutschland, steht es in der Kartonnagenfabrikation aber auf weit höherer Stufe als dieses und dürfte darin in Europa überhaupt den ersten Platz einnehmen. Die Erklärung dafür mag die sein, daß in Oesterreich hauptsächlich die Leichtindustrie dominiert, deren Erzeugnisse der Kartonnagen als Verpackung bedürfen. Einen hervorragenden Erwerbszweig bildet zum Beispiel die Fabrikation von Briefpapier, Briefumschlägen und Luxuspapierwaren, die enorme Quantitäten von Kartonnagen konsumieren. Dann Zigarettenpapiere, Meißinte, Spielfarten und dergleichen Artikel mehr. Der größte Teil dieser Erzeugnisse besteht aus Papier, so daß die Kartonnagenfabrikation als eine österreichische Spezialität angesehen werden kann, die daher dort zugleich auch qualitativ in höherer Wüste als anderswo stehen muß. Jedenfalls gibt es in Wien eine bedeutende Anzahl großer Betriebe, die sich anscheinend sehr gut rentieren. Kein Zweifel ferner, daß die österreichischen Kartonnagenfabrikanten, meiner Kenntnis der Dinge nach, an Intelligenz und Unternehmungsgeist sich weit über den Durchschnitt ihrer ausländischen Fachgenossen erheben und darauf bedacht sind, ihre Betriebe durch neuzeitliche Einrichtungen auf der Höhe zu erhalten. Meine englischen Landsleute sollten sich an ihnen ein Beispiel nehmen.“

Es ist nur bedauerlich, daß der Verfasser dieser Notiz vergessen hat, anzugeben, wodurch die österreichischen Kartonnagenfabrikanten so in die Höhe gekommen sind. Die Mitteilung dieses Punktes hätte gezeigt, daß vielleicht wohl die Fabrikanten den Himmel auf Erden haben, die Arbeiter dagegen Höllenqualen erleiden müssen, um ihren karglichen Verdienst zu bekommen. Der österreichische Kartonnagenarbeiter leidet unter denselben Verhältnissen wie der deutsche: er wird vom Unternehmer terrorisiert, wie selten jemand. Ihnen ist es verboten, in ihrer freien Zeit in Versammlungen zu gehen; die Akkordlöhne sind die denkbar schlechtesten, und was das Beste ist, einzelne Unternehmer lassen sich sogar ihre Maschinen vom Arbeiter bezahlen, indem sie diesem ganz einfach 5 Prozent für die Maschinenabnutzung von ihrem ohnehin karglichen Lohn in Abzug bringen. Solange allerdings die Arbeiter ihrer Organisation fern stehen, solange sind solche Zustände auch möglich; ein Grund also mehr, nach größerem Zusammenschluß zu streben. Im industriell entwickelteren Deutschland wäre ein solches Verfahren noch viel lukrativer. Die technische Entwicklung ist zweifellos noch weit vorgeschrittener als in Oesterreich, und erst die jüngste Zeit hat uns wieder einen neuen eisernen Kolossus gebracht, der vier Paar Menschenhände überflüssig machen soll. Es handelt sich um einen neuen patentierten Schnelldreisender, der alle drei Seiten eines Buches in einem Arbeitsgange beschneidet. Ja er soll bei bestimmten Arbeiten sogar sechs gewöhnliche Maschinen ersetzen. Wenn man nun auch annehmen kann, daß bei solchen Neuerfindungen die Reflexe immer etwas aufbauscht, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß die Technik immer vollkommener Ergebnisse zeitigt und immer mehr fleißige Menschen- und Kollegenhände aus dem Arbeitsprozeß ausschneidet. Um so mehr haben darum die Arbeiter alle Ursache, sich den von ihnen geschaffenen Mehrwert nicht allzu lange mehr vorzuenthalten zu lassen, sondern durch den umfassendsten Zusammenschluß aller Berufsangehörigen sich den Teil an den vorhandenen Werten zu nehmen, der ihnen niemals freiwillig gegeben werden wird. Denn in der Einigkeit nur ruht unsere Kraft!

Streikrecht und Kulturpflicht.

Wenn die Pariser Post- und Telegraphenbeamten gehabt hätten, wieviel Unheil sie durch ihren ersten Waffengang unter den verstaubten und modernen Perioden anrichten würden, sie hätten vielleicht ein menschliches Mitleid verspürt und hätten

sich mit ihrem Gewalthaber auf dem Wege „friedlicher Verständigung“ (wie die schöne Phrase lautet) verhalten. Besonders die deutschen Wächter der Sitte und Ordnung können sich noch immer nicht beruhigen. Und als die Erregung sich legen wollte, als die Wunden, die der gegen alle Moral und Kultur verstoßene famose Kampf der Pariser ihrem milden, weichen Herzen geschlagen hatte, verharshen wollten, da kamen die deutschen Beamten und — versammelten sich. Die guten Leuten verlangen eine bessere Bezahlung für ihre mühselige Arbeit. Selbst die heftigste und heiligste Vereinerung des Patriotismus hilft eben über einen knurrenden Magen nicht hinweg. Der „bde und rohe Materialismus“ brach ein in die Reihen der Beamten. Die uralte Tradition der Gottesfurcht und frommen Sitte wurde hinweggeschwemmt von jenem unheiligen plebejischen und umstürzenden Gefühl, so man Hunger nennt. Die Wirklichkeit hat schon manches Ideal zerstört und auch bei den Beamten siegte schließlich der Trieb zur Selbsterhaltung — die Unzufriedenheit. Aber ein königlich preussischer Beamter weiß, was er seiner „Stellung“ schuldig ist, es war sozusagen ein Magenkurieren, das man gerne umwerten möchte in ein Salut für die „Autorität“. Der unvermutet entflozene Seufzer des Hungers wurde eingeholt von der ganzen überhäumenden Phrasologie der kriegervereinistischen Schweifwebele vor der hohen Obrigkeit.

Doch — es kann der Frommste nicht in Frieden leben — wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Schon die schüchternen Wünsche der Beamten setzten noch einmal die ganze reaktionäre staatsverhaltende Presse in Bewegung. Die Linken und Nachteiligen jeglicher Variation wurden wieder unliebsam daran erinnert, daß es nicht immer Nacht bleibt, daß das unbeugsame Gesetz der natürlichen Aufwärtsentwicklung für alle Schichten des Volkes Geltung hat. Von der „Kreuzzeitung“ bis zum landräulichen „Intelligenzblatt“ von Schrimm-Schroda-Posemudelskalan, waren die Wälder an der Arbeit, ihrem Auftraggeber, dem Geldbad, zu beweisen, daß sie auf dem Posten waren. Die Zeitung mit dem Kreuz an dem Kopfe — in Deutschland trägt die einzige giftige Schlange ein Kreuz an der Stirn — benutzte die Gelegenheit, um einen frisch-frechen Felzbug gegen das Koalitionsrecht zu eröffnen. Daß die Bemühungen unserer „Freunde“ — die „Kreuzzeitung“ ist nur ein Beispiel — nicht mehr Erfolg hatten, ist ein vollgültiger Beweis für die Stärke des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Auch die Postesel des seligen Schleifendrehers König Stumm können nicht lieben, wo alles hakte. Sie blieben nicht stumm, sondern ließen sich also bernehmen:

„Das freie, unbeschränkte Koalitionsrecht, von dem die linksseitigen Parteien so gern schwärmen, hat also mit diesem französischen Streik das kräftigste Beispiel dafür geliefert, daß es für den modernen Staat durchaus nicht zu empfehlen ist, wenn ihn nicht ganz außerordentliche Beschränkungen auferlegt werden. Das gilt ebenso für Beamtenvereinigungen wie für Gewerkschaften und sonstige Arbeiterorganisationen. Die Macht dieser Organisationen noch verstärken, wie es jetzt der Arbeitskammergesetzgebung und die Novelle zum Vergesse tut, heißt Holz herbeischleppen zu dem Scheiterhaufen, auf dem man selbst verbrannt werden soll.“

Dagegen zu polemisieren, hieße der Gelei denn doch zu viel Ehre antun. Für die blutrünstigen Tiraden kann man die französischen Post- und Telegraphenbeamten wirklich nicht verantwortlich machen. Vielleicht leiden die Herren Unternehmer an Halluzinationen. Zu verwundern wäre das nicht. Bei den Zehntausenden, die jährlich Leben und Gesundheit auf dem Schlachtfeld der Arbeit opfern müssen — Opfer der entweder gänzlich fehlenden oder unzureichenden Schutzvorrichtungen — wäre eine blutrünstige Phantasie der Unternehmer nur wahrscheinlich. Doch zweifeln wir, daß sie auch nur ein einziges Mal der Opfer gedenken, aus deren Blut ihr gleichendes Metall geprägt ist.

Wenn es gilt, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden, wenn es heißt, ein Heer „logischer Gedanken“ zu formieren gegen die wenigen Freiheiten unserer Klasse, da hat auch die Kirche noch stets ihr wohlgezahltes Kontingent gestellt. So auch in diesem Falle.

Der Pfarrer Heil-Wingenheim veröffentlicht in der „Straßburger Post“ eine „Untersuchung“, wie weit das Streikrecht der Gewerkschaften eigentlich geht, ohne mit der „Kultur“ in Widerspruch zu geraten. Schon die Hypothese von „Streikrecht“ und „Kulturpflicht“ kennzeichnet den Verfasser. Einen Gegensatz zwischen Kultur und Streikrecht zu schaffen, ist ein eitles Vergnügen. Wenn nun unser Pfarrer doch zu dem Resultat kommt, daß der Pariser Poststreik ein Ausfluß sozialdemokratischer Kulturfeindschaft ist, so hat der Herr selbst den Stab über sich gebrochen. Zu seiner Rettung kann es auch nicht dienen, daß die deutsche „Arbeitsgeberzeitung“ ihn das Zeugnis eines „durchaus liberalen Mannes“ ausstellt. „Die Schaffung von Beamtenstellen“, meint

Heil, kann man auch ansehen als einen Versuch, für bestimmte Arbeitsgebiete, an denen die vom Staat oder von der Kommune repräsentierte Allgemeinheit besonderes Interesse hat, die theoretisch unbeschränkte Geltung des Streikrechts in der Praxis zu beschränken.“

Der Satz ist außerordentlich irreführend. Der Verfasser würde uns zu Dank verpflichtet, wenn er uns nachweisen wollte, wo der Staat oder die Kommune zu finden ist, von der man mit Recht als die Repräsentation der Allgemeinheit sprechen darf. Es gibt keinen Staat, keine Kommune, wo nicht die besitzenden Klassen, die Vertreter des Kapitalismus, am Ruder sitzen, wo sie die Allgemeinheit repräsentierende Gewalt nicht als milchende Kuh ausnuzen zuungunsten der breiten Masse des arbeitenden Volkes. Der Staat ist der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalisten, und mit dem gleichen Recht, das uns erlaubt, den Kapitalisten zu bestreiten, können wir auch einen eventuellen Streik gegen den Staat, gegen die Kommune durchführen — falls es das kulturelle Bedürfnis der Arbeiter verlangt. Freilich haben unsere Gegner eine oft mehr als merkwürdige Vorstellung von Kultur. Auch der Pfarrer Heil. Er schreibt nämlich:

„... Daran, daß der Betrieb einer Fabrik ungeführt fortgeht, hat die Allgemeinheit ein geringeres Interesse als daran, daß das städtische Wasser-, Gas- oder Elektrizitätswerk oder die staatliche Post und Eisenbahn richtig funktionieren. Diese Dinge sind im ganzen unserer Kultur von fundamentaler Wichtigkeit, deshalb (!) werden zu ihrer Beforgung Beamte bestellt, denen man die Ausübung dieser wichtigen Aufgaben anvertraut; denen man um dieser Wichtigkeit willen besondere Vorrechte gibt, eine Lebensstellung, die vor den Wirkungen von Ebbe und Flut auf dem Arbeitsmarkt geschützt ist, Altersversorgung, Witwenversorgung usw., denen man als Gegenleistung gewisse Beschränkungen auferlegt: sie wechseln ihre Arbeitsstelle nicht nach eigenem Ermessen, sondern werden berufen durch Beschluß von oben; und vor allem: sie sollen sorgen von ihrem Punkt aus, daß die große Maschine des Kulturlebens der Nation in ununterbrochenem Gang bleibt.“

Danach ist also die Kultur für die Allgemeinheit da. Zu dieser Allgemeinheit gehört doch aber wohl in erster Linie die Arbeiterschaft. Merkwürdigerweise wird aber das Streben dieser Bevölkerungsschicht nach Kultur höhnisch und zurückgewiesen. Die Kultur, wie sie der fromme Gottesdiener versteht, ist die der Speibürger und Pfaffen. Wenn er morgens beim Kaffeetisch sein Leib- und Morgenblatt studieren, wenn er sich mittags den Bauch regelrecht vollpaddeln kann, dann hat er seiner Kulturpflicht genügt; dann glaubt er die soziale Frage gelöst. Er wird jeden Arbeiter, der gleichfalls an den Kulturereignissen teilnehmen will, als unangenehm Störenfried einschätzen. Wenn der Arbeiter mehr Lohn verlangt, um sich satt essen zu können, so wird er sich den Vorwurf aller jener Menschen verdienen, die ihrer Kulturpflicht eben mit Essen und Trinken „Genüge“ getan haben. Essen und Trinken sind zweifellos die Vorbedingungen, um auf eine höhere Kulturstufe zu gelangen. „Der Mensch ist noch nichts, wenn er gut essen und trinken, schlafen und wohnen kann“, ruft Schiller, „aber er bedarf dessen, wenn er Mensch werden will.“ Heute ist das Streben der Arbeiter, ein Mensch zu werden, ein Streben, dessen letzter Ausdruck eben der Streik ist, ein Verbrechen, eine Verletzung der Kulturpflicht. Um die große Maschine des Kulturlebens der Nation in ununterbrochenem Gang zu halten, soll der Arbeiter selbst Maschine bleiben, darf er das eventuell letzte Mittel, den Streik, niemals anwenden, wenn ihn die „Kultur“ des Kapitalismus hindert, zur Kulturhöhe hinauf zu steigen.

Eine merkwürdige Anschauung der Kulturpflicht, die der fromme Mann aus Wingenheim entwickelt. Wenn der Mann wirklich die Allgemeinheit schützen will vor den Folgen eines Streiks, wenn er also den Zustand unmöglich machen will, dann muß er dafür sorgen, daß die Staatsbetriebe auch wirklich Musterbetriebe werden. Dann darf nicht mehr der Gesichts des Kapitalisten im Staate herrschen, sondern der reinste Demokratismus — die zu schützende Allgemeinheit. Wenn aber die Gravitation der Regierung zum Kapitalisten anhält, dann darf man den Staatsarbeitern ein Recht zum Streiken ebenso wenig bestreiten, wie den Angestellten des Privatbetriebes. Oder aber, um konsequent zu sein, man mühe auch diesen das Streikrecht nehmen. Und auf dem Umweg über die Tarife kommt unser Pfarrer denn auch zu dieser Forderung. Der Widerspruch ist so ergötzlich, daß er hier folgen mag:

„Je mehr die Tarifbewegung sich durchsetzt mit ihren Abmachungen über Lohnhöhe, Arbeitszeit, Kündigungsverhältnisse usw., um so mehr werden die Arbeiter der Stellung von Beamten angenähert. Sie verpflichten sich zu einer im voraus genau geregelten Arbeitsleistung gegen im voraus gleichfalls genau geregelte Bezüge auf lange Fristen hinaus.“ — — —

Den letzten Trumpf spielt der Herr dann aus, wenn er „beweist“, daß selbst ein demokratischer Staat zu seiner Auffassung kommen muß. An den Kollegen einen Einblick zu gewähren in die Geisteswerkstatt eines geistlichen Mitarbeiters am Aufbau der kapitalistischen Kultur, lassen wir auch diesen Teil mützlich folgen:

„Wenn also solche Arbeitnehmer in Beamtenstellung treten, so verhängen sie sich an einer Idee, die zweifellos der Idee des Koalitionsrechtes übergeordnet werden muß, an der Idee der Kultur überhaupt. Darum ist die Stellung der französischen Sozialdemokraten zum Postrecht, wie sie in den Worten von Jaurès zum Ausdruck kommt, nicht nur gegen den Gegenwartsstaat gerichtet, sondern gegen die Idee des Kulturstaates überhaupt. Man kann den Begriff des Staates so demokratisch fassen, wie man will; man kann ihn in die Worte fassen, die auch die Sozialdemokratie nicht wird überbieten können durch eine noch demokratischere Formel: der Staat, das sind wir, die Gesamtheit der Bürger. Es bleibt dann doch unangefochten die Tatsache bestehen, daß auch dieser ganz und gar demokratische Staat, um seine Kulturaufgaben erfüllen zu können, Beamte nötig hat, und daß er seine Aufgaben nur dann zu erfüllen vermag, wenn er sich darauf verlassen kann, daß jede dieser Beamtengruppen den ihr anvertrauten Teil des ganzen Betriebes ununterbrochen im Gang erhält. Denn auch dieser ganz und gar demokratische Staat müßte, um überhaupt Kulturstaat bleiben zu können, den fein verzweigten technischen Unterbau der modernen Kultur mit in den Kauf nehmen. Und gerade in bezug auf diese technischen Dinge hat der Pariser Poststreik gezeigt, daß man nicht jeden beliebigen Menschen an die Apparate stellen kann, sondern geschultes und zuverlässiges Personal nötig hat. Darum ist die sozialdemokratische Verherrlichung des Poststreiks ein Ausdruck kulturfeindlicher Stimmung.“

Also nicht Kultur für alle, sondern nur Kultur für diejenigen, welche andere für sich arbeiten lassen. Zweifellos ist die Idee der Kultur“ der Idee des Koalitionsrechtes“ übergeordnet, aber das ganze Streben der Arbeiterklasse ist doch darauf gerichtet, emporkzutreten zur Idee der Kultur“. Und wenn der Kapitalismus, einschließlich des kapitalistischen Staates, als Vertreter einer kleinen Clique und nicht der Allgemeinheit, uns daran hindert, so darf man sich nicht wundern, wenn uns jedes Mittel recht ist, um unser Ziel zu erreichen. Lächerlich ist es, wenn uns der Herr einreden möchte, selbst in einem „ganz und gar demokratischen Staat“ müßte man den Beamten das Streikrecht vorenthalten. Der Herr Pfarrer vergißt eben, daß es in einem wirklich demokratischen Staat wohl niemals zu solchen Komplikationen kommen kann, wie in Frankreich. Der wahre demokratische Gedanke ist mit den Allüren eines rohen Sklaventreibers, als welcher der französische Unterstaatssekretär sich gerierte, einfach unvereinbar. In wahrhaft demokratischer Staat ist ein Streik, hervorgerufen durch dünnelfhaften Stolz eines oberen Beamten, unmöglich. Deshalb fällt auch die Schlussfolgerung: „Die sozialdemokratische Verherrlichung des Poststreiks ist ein Ausdruck kulturfeindlicher Stimmung“, völlig in sich zusammen. Es hätte wirklich nicht des Zeugnisses der „Arbeit, geberzeitung“ bedurft, um das politische Signalment des frommen Herrn als „liberal“ zu erraten. Wer so von einer Seite zur anderen schwankt, um zuletzt der Sozialdemokratie einen Efelstrik zu versehen, der ist zum mindesten Angehöriger der „Dreißigjährigen“ Partei oder des „Arbeiterfreundlichen“ Zentrums. Immerhin hätte der Herr alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die Kirche, deren „Diener“ er ist, sich ein wenig mehr der durchsichtlichen Kulturhöhe nähert. Die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans deutet noch ins Mittelalter, also en avant Herr Pfarrer! Sie sowohl, als auch Ihre Kirche haben noch einen ziemlich weiten Weg bis zur Durchschnittskultur der Gegenwart!

Der Artikelschreiber meint, um überhaupt Kulturstaat bleiben zu können, dürfe den Staatsbeamten (und ein Schritt weiter auch den Arbeitern) das Koalitionsrecht oder aber Streikrecht nicht gewährt werden. Wir aber sagen, um uns überhaupt einen Kulturstaat aufzubauen, müssen alle gegen Lohn oder Gehalt Arbeitenden sich vereinigen, um die Widerstände zu heben — eventuell durch den Streik. Kulturpflicht und Streikrecht schließen sich absolut nicht aus, sondern bedingen sich vielmehr. Das Streikrecht soll uns den Weg bahnen helfen zu jener Höhe, wo wir unserer Kulturpflicht — also der Pflicht, am Fortschritt der Menschheit mitzubauen — genügen können. Ohne Koalitions- und Streikrecht gibt es für die Menschheit keinen Aufstieg zur wahren Kultur.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

Von allen Einrichtungen, welche sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen geschaffen

hat, können unzweifelhaft die Gewerkschaftskartelle mit als die wichtigsten bezeichnet werden. Sie bilden in dem organischen Aufbau der Gewerkschaften ein ebenso notwendiges wie nützlich Glied. Ist die Tätigkeit der Kartelle auch örtlich begrenzt, so sind ihnen doch Aufgaben gestellt, deren Erfüllung wesentlich zur äußeren Ausdehnung und inneren Festigung der Gewerkschaftsbewegung beitragen muß.

Es ist deshalb erfreulich, wenn eine weitere, erhebliche Vermehrung der Kartelle seit dem letzten Berichtsjahr eingetreten ist. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 587, am Ende des Jahres 1908 dagegen 623 Kartelle, das ist eine Vermehrung um 36. Die Zahl der neugegründeten Gewerkschaftskartelle ist allerdings noch eine höhere. Diese kommt jedoch bei dem Endergebnis nicht zur vollen Geltung, weil von dem Kartellbestande des Jahres 1907 leider 15 gestrichen werden mußten. Die Kartelle: Freienwalde, Fürstenberg a. O. und Perleberg teilten der Generalkommission die erfolgte Auflösung mit. Bei den übrigen zwölf handelt es sich um Kartelle, die sich weder im vorigen noch in diesem Jahre an der Berichterstattung beteiligten und auch auf keine Zuschrift der Generalkommission reagierten. Es muß deshalb angenommen werden, daß diese Kartelle nicht mehr bestehen bzw. keine Tätigkeit entfalten. Es sind dies die Kartelle in den Orten: Burgsteinfurt, Buchhausen, Halber, Hafstedt, Laasphe, Lissa i. P., Marienburg, Marienwerder, Meinerzhagen, Stargardt i. P., Steinach und Weisenau.

Die bisher im Kartellverzeichnis geführten Orte: Cöpenick, Pöhl und Niesbitz bilden keine selbständigen Kartelle. Die Kartelle Duderstadt und Lübben-Steinfirchen haben ihre Tätigkeit erst mit Anfang des Jahres 1909 aufgenommen. Entsprechend der eingetretenen Vermehrung der Kartelle ist auch die Zahl der an der Statistik beteiligten in diesem Jahre absolut gestiegen. Aber auch die relative Beteiligungsziffer an der Statistik ist von allen Berichtsjahren für das Jahr 1908 die höchste.

Von den 623 Kartellen beteiligten sich 606 = 97,27 Prozent an der Berichterstattung. Die Zahl der berichtenden Kartelle im Jahre 1907 betrug 558 = 95,06 Prozent.

An der diesjährigen Berichterstattung nicht beteiligt sind die Kartelle in den Orten: Aßen, Bretten,* Birgel,* Dieburg,* Diekenbach,* Froburg,* Großbreitenbach,* Hohenlimburg,* Hohenfalsa,* Niffingen, Kolmar i. P., Marktleuthen, Montabaur, Pafelwalf,* Salzwehel, Straubing* und Trier.*

Die Berichtsbogen der Kartelle: Bretten, Großbreitenbach und Trier trafen zwar ein, doch so verspätet, daß sie nicht mehr verwandt werden konnten. Dieburg und Pafelwalf entschuldigten die Nichteingendung mit besonderen ungünstigen Umständen. Obwohl es immerhin bedauerlich ist, daß eine Anzahl Kartelle von der Statistik nicht erfaßt wurden, so wird doch das Gesamtbild durch das Fehlen der vorstehend bezeichneten Orte nur unwesentlich beeinflusst. Handelt es sich dabei doch nur um Kartelle, denen eine verhältnismäßig geringe Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern angeschlossen ist.

Nach der Berichterstattung des Jahres 1907 hatten 10 von diesen Kartellen (die mit einem * bezeichnet sind) zusammen 3568 Mitglieder. Die übrigen 7 Kartelle sind erst neu hinzugekommen, es ist zweifelhaft, ob diese sämtlich ihre Tätigkeit bereits im Jahre 1908 aufgenommen hatten.

Den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen sind angeschlossen 8437 Gewerkschaften mit 1 560 896 Mitgliedern. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 8400, die zusammen 1 555 101 Mitglieder zählen. Im Jahre 1907 wurden 7720 Zweigvereine mit zusammen 1 590 063 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Es ist demnach gegenüber dem Jahre 1907 eine Erhöhung der Zahl der angeschlossenen Zweigvereine um 680 eingetreten, dagegen hat sich der Mitgliederbestand der angeschlossenen Zweigvereine um 34 962 verringert. Die höhere Zahl der Zweigvereine findet ihre genügende Erklärung darin, daß an der diesjährigen Statistik 48 Kartelle mehr beteiligt sind, darunter eine Anzahl größerer, die in der Statistik des Jahres 1907 fehlten. Die trotz der erhöhten Beteiligungsziffer an der Statistik festgestellte Verminderung der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder der Zentralverbände kann nur auf einen bei diesen eingetretenen Mitgliederverlust zurückgeführt werden. Die anfallende wirtschaftliche Krise, die mit voller Schwere auf der Arbeiterklasse lastet, diese zu einem hohen Maß unerschuldeter Arbeitslosigkeit verdammt und damit für das wertvolle Volk zu einer Quelle vermehrter Not und Entbehrung wird, kann schließlich nicht ohne schädigenden Einfluß auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften bleiben. Bei alledem muß jedoch

anerkannt werden, daß die Gewerkschaften sich der gegenwärtigen Krise gegenüber bedeutend widerstandsfähiger erweisen, als es bei früheren gleichen Perioden der Fall war. Diese größere Widerstandsfähigkeit ist nicht allein dem Ausbau des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften zuzuschreiben, sondern muß in noch weit höherem Grade auf das Konto der Vertiefung und Festigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen bei den Arbeitern gesetzt werden.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist fast die gleiche geblieben wie in den Vorjahren. In welchem Verhältnis sich die fernstehenden Zweigvereine auf die Kartellorte verteilen, darüber gibt nachfolgende Zusammenstellung Auskunft.

Es waren nicht angeschlossenen:

1904		1905		1906		1907		1908	
Zn	Zweigvereine	Zn	Zweigvereine	Zn	Zweigvereine	Zn	Zweigvereine	Zn	Zweigvereine
91	je 1	109	je 1	109	je 1	156	je 1	143	je 1
52	" 2	48	" 2	58	" 2	42	" 2	55	" 2
22	" 3	23	" 3	28	" 3	24	" 3	21	" 3
11	" 4	13	" 4	14	" 4	10	" 4	11	" 4
3	" 5	5	" 5	2	" 5	3	" 5	4	" 5
1	" 6	—	" 6	3	" 6	3	" 6	—	" 6
2	" 7	1	" 7	1	" 7	1	" 7	2	" 7
1	" 8	—	" 8	—	" 8	—	" 8	—	" 8

183 | 348 | 199 | 363 | 215 | 400 | 230 | 396 | 236 | 394

Es ist bedauerlich, wenn trotz der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse, welche die Zweigvereine der Zentralverbände zum Anschluß an die Kartelle verpflichten, diesen immer noch eine solche erhebliche Anzahl fernstehen. Mit wenigen Ausnahmen sind an dieser Nichtbeachtung von Kongreßbeschlüssen Zweigvereine aller Verbände beteiligt.

Die Tabelle V im Tabellenwerk des „Correspondenzblatt“ gibt Auskunft darüber, in welcher Zahl die Zweigvereine der Zentralverbände den Kartellen angeschlossen bzw. nicht angeschlossen sind.

Außer den Zweigvereinen der Zentralverbände gehören den 606 Kartellen noch 37 Organisationen mit zusammen 5795 Mitgliedern an, die der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angeschlossen sind. Es sind dieses: 1. Der Verband des technischen Bühnenpersonals mit drei Zweigvereinen und 333 Mitgliedern. 2. Der Verband der Gastwirte mit 20 Zweigvereinen und 240 Mitgliedern. 3. Der Verband der Isolierer mit 4 Zweigvereinen und 426 Mitgliedern. 4. Acht Vereine der Dienstboten und Hausangestellten mit zusammen 4442 Mitgliedern. 5. Ein Zweigverein des Verbandes der Zeichner mit 31 Mitgliedern. (Dem Kartell in Vera angeschlossen.) 6. Ein Verein der Schriftgießerei-arbeiter mit 323 Mitgliedern. (Dem Kartell in Frankfurt a. M. angeschlossen.)

Die Vereine der Dienstboten und Hausangestellten sind seit dem 1. April d. J. zu einem Zentralverband vereinigt, welcher gleichzeitig der Generalkommission angegliedert wurde. Der Verband der Isolierer und Steinholzleger ist nunmehr auch der Generalkommission angeschlossen. Diese Organisationen fallen demnach künftighin in der Kartellstatistik aus der Rubrik: „Den Kartellen angeschlossenene sonstige Organisationen“ fort. Die noch bis zum Jahre 1907 den Kartellen angeschlossen gewesenen Lokalorganisationen sind aus der vorliegenden Statistik vollständig verschwunden. Soweit nicht nach den Beschlüssen der Parteitage von Mannheim und Nürnberg der Uebertritt dieser Organisationen zu den zuständigen Zentralverbänden geschlossen erfolgte, sind die verbliebenen Reste teils freiwillig aus den Kartellen ausgetreten, teils von diesen ausgeschlossen worden. Die Kesselschneider lokalorganisierten Feilenarbeiter sind zu den zuständigen Zentralverbänden der Metall- und Holzarbeiter übergetreten. Anlässlich der mit dem Metallarbeiterverband stattgefundenen Differenzen ist auch der Solinger Lokalverband der Stahlwarenarbeiter aus dem dortigen Kartell ausgeschlossen.

Den Umfang der örtlichen Kartelle nach der Zahl der insgesamt angeschlossenen Organisationen zeigt folgende Zusammenstellung.

Es waren angeschlossenen:

Organisationen	Kartelle				
	1904	1905	1906	1907	1908
bis 5	59	66	74	81	86
6—10	147	161	182	195	222
11—15	76	94	107	106	111
16—20	50	57	60	72	70
21—30	44	57	62	59	71
31—40	15	14	24	25	26
41—50	9	10	9	14	13
über 50	5	6	8	6	7
Summa . . .	405	465	526	558	606

Die Kartelle, denen bis 15 Organisationen angeschlossen sind, haben sich seit dem Jahre 1907 um 37 vermehrt. Damit entfällt auf die kleineren Kartelle der hauptsächlichste Anteil an der insgesamt stattgefundenen Vermehrung der Kartelle.

Eine weitere Zunahme, und zwar um zwölf, ist dann noch eingetreten bei den Kartellen, denen 21—30 Organisationen angehören. Die übrigen eingetretenen Änderungen sind nicht von Belang. Will man eine Uebersicht darüber haben, so tatsächlich eine Verschiebung der Kartelle nach ihren Größenverhältnissen stattfindet, so kann man diese nur auf Grund einer prozentualen Berechnung gewinnen. Ein auf dieser Grundlage angefertigter Vergleich der Zahlen des Jahres 1907 mit denen des Jahres 1908 gibt keine genügenden Anhaltspunkte für eine bestimmte Entwicklungstendenz.

Die Bedeutung der Kartelle wird auch nicht lediglich von der Zahl der ihnen angeschlossenen Organisationen bestimmt, sondern es kommen dabei auch deren Mitgliederzahlen in Betracht.

Es waren angeschlossen:

Mitglieder	Kartelle				
	1904	1905	1906*	1907	1908*
bis 100	11	11	10	11	19
101 " 200	47	50	48	45	68
201 " 300	49	41	50	48	54
301 " 500	82	87	87	90	104
501 " 1000	80	101	131	136	144
1001 " 2500	74	100	112	123	117
2501 " 5000	29	36	42	54	61
5001 " 10 000	20	28	27	28	30
10 001 " 25 000	8	9	13	12	14
über 25 000	5	7	10	11	9

Nach der vorstehenden Aufstellung hat die Zahl der Kartelle, denen bis 1000 Mitglieder angeschlossen sind, gegenüber dem Jahre 1907 um 54 zugenommen. Es ergibt sich auch hierbei, daß bei der eingetretenen Vermehrung der Kartelle durchweg nur kleinere in Frage kommen. Bei dem noch vorhandenen Rekrutierungsgebiet der Kartelle kann es sich in der Hauptsache nur um kleinere Orte handeln, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit erst erschlossen werden müssen. Von den Kartellen, die 1907 über 25 000 Mitglieder hatten, sind zwei durch Mitgliederverluste aus dieser Klasse ausgeschieden. Es sind dieses die Kartelle Bremen mit einem Verlust von 2219 und Breslau mit einem Verlust von 3290 Mitgliedern. Von den Kartellen, denen gegenwärtig noch über 25 000 Mitglieder angeschlossen sind, haben noch Mitgliederverluste gegenüber dem Jahre 1907: Berlin 11 263, Frankfurt a. M. 4336, Hamburg 2559, Leipzig 748, und Stuttgart 692. Bei allen 7 Orten zusammen ein Verlust von 25 107 Mitgliedern.

Korrespondenzen.

Gesperzt ist die Firma Karl Focke in Hildesheim.

Gesperzt ist: Aachen.

Zugut ist fernzuhalten von Köln.

Gesperzt ist die Firma Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, Stuttgart.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

Warmen-Oberfeld. Am 8. Mai fand unsere Generalversammlung in Warmen statt. Dieselbe war nur mäßig besucht. Den Geschäfts- und Kasienbericht gab Groenhoff. Der Kasienbericht lag gedruckt vor. Aus dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Es fanden im 1. Quartal eine Generalversammlung in Oberfeld und vier Mitgliederversammlungen statt. Ein Vortrag wurde gehalten. Die übrigen vorgesehene Vorträge mußten wegen mangelhaften Besuches ausgefällt werden. Dem Kasienbericht entnehmen wir folgende Zahlen: 1. Verbandskasse: Einnahme 1813,91 Mk., Ausgaben 1090,36 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 280,03 Mk. und eine Ausgabe von 139,60 Mk., die Lokalkrankenkasse eine Einnahme von 721,33 Mk. Ausgegeben wurden 73,75 Mk. für Krankenunterstützung, so daß ein

Kassenbestand von 647,78 Mk. verbleibt. Zum Kasienbericht bemerkt Groenhoff, daß Arbeitslosigkeit und Krankheit ziemlich Ausgaben verursacht haben und daß die Arbeitslosigkeit gegen das 1. Quartal 1908 bedeutend größer ist, und zwar erforderte die Arbeitslosenunterstützung eine Mehrausgabe gegen das erste Quartal 1908 von 62,75 Mk. und eine Mehrarbeitslosigkeit von 65 Tagen.

Auch die Krankenunterstützung hat gegen das letzte Quartal bedeutend zugenommen und ergibt sich aus den diesbezüglichen Berechnungen, daß die sieben-tägige Karenzzeit jedenfalls eine weise Maßregel ist. Zwar würde sich auch im 1. Quartal noch ein kleiner Ueberschuß ergeben haben, wenn man von der Verbandsbeitragssteigerung 5 Pf. für die Krankenunterstützung rechnet. Aber man würde ohne die Karenzzeit doch bedenklich jenem Zustand sich genähert haben, wo die Ausgaben die Einnahmen aufgezogen hätten. Auch die Lokalkrankenkasse habe in dem verfloffenen Quartal nur einen Ueberschuß von 11,55 Mk. ergeben. Immerhin habe sich diese Einrichtung aber bis jetzt vollständig bewährt. Der Mitgliederbestand ist gegen das 4. Quartal um ein Mitglied geringer geworden. Die männlichen Mitglieder haben um 4 abgenommen, die weiblichen um 3 zugenommen. Auch hier zeigt sich die Wirkung des schlechten Geschäftsganges, indem mehr Mitglieder abgereist wie zugereist sind. Leider mußten auch wegen Resten beschiedene Kollegen gestrichelt werden, von denen bestimmt angenehmer ist, daß ihnen ihre Leichtsinigkeit noch bitter leid tun wird.

Am den Bericht schloß sich eine längere Diskussion, in welcher von Mesler angeregt wurde, in einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag über die Rechte und Pflichten der Mitglieder zu halten, da hierüber eine bedauerliche Unkenntnis herrscht.

Einen Kartellbericht gab Greifath von dem Warmer Kartell. Dieses hat ein neues Regulativ beschlossen, das den Gewerkschaften zur Begutachtung vorgelegt ist. Die Generalversammlung nahm aber davon Abstand, die einzelnen Paragraphen zu diskutieren. Bemerkenswert an dem neuen Regulativ ist vor allem, daß der Beitrag zum Warmer Kartell nunmehr derselbe ist, den auch das Elberfelder Kartell beansprucht. Damit ist einmal allen den Gewerkschaften, welche eine vereinigte Zahlstelle in beiden Städten haben, ein glatteres Rechnen ermöglicht und auch eins der größten Hindernisse zur Verschmelzung der Kartelle ist damit gefallen.

Die Beschlußfassung über eine neue Geschäftsordnung für die Zahlstelle wurde nach längerer Debatte ebenfalls ausgefällt, weil der Punkt nicht vorher auf der Tagesordnung gestanden hatte und man wegen der Festsetzung der Entschädigungen für die Vorstandsmitglieder unliebsame spätere Debatten vermeiden wollte.

Nachdem von seiten des Kollegen Hallepape noch angeregt war, der Vorstand möge zur Hebung eines besseren Zusammenhaltes und der Geselligkeit an die baldige Beanzustaltung eines Ausfluges denken, fand die Generalversammlung ihren Abschluß. Kollegen und Kolleginnen sorgt für besseren Versammlungsbesuch, damit dem Vorstand die Möglichkeit geboten ist, den Mitgliedern etwas gutes zu bieten.

Freiburg. Christliche Gedächtnis-schwäche. In Sachen des Arbeitersekretärs E. Damm gegen Karl Heer, Buchbinder, Gauleiter des Christlich-Graphischen Verbandes, bringt genannter Heer in Nr. 10 der „Graphischen Stimmen“ eine Notiz, die meinerseits einer Berichtigung bedarf, da der Notizschreiber an der allbekanntesten christlichen Gedächtnisschwäche leidet. Nachdem derselbe den Sachverhalt, wie er im „Volksfreund“ und in der „Buchbinder-Zeitung“ stand, wiedergegeben, versucht er eine nähere Klarstellung zu geben, die den Konfusionsrat Heer, wie er lebt und leidet, ähnlich sieht. Einen Beweis, daß ich ein Streiftrecher bin oder war, konnte der christliche Remonierheld nicht erbringen. Es ist eine christliche Lüge, daß ich einen Streiftrecher zugestanden habe. Auf Aufforderung des Bürgermeisters legte ich die Geschehnisse von vor neun Jahren dar, die zu der falschen Annahme des Streiftrecheres führten. Nachdem dieses geschehen, fragte ich Heer, ob er meine Handlung einen Streiftrecher nennen könne? Worauf die Antwort erfolgte: Nein! Weiter erklärte er: Wenn er den Sachverhalt früher gekannt hätte, würde er den beleidigenden Ausdruck nicht gebraucht haben, in Zukunft würde er dieses nicht mehr tun. Weiter fragte ich Heer, der langjähriger Vorsitzender der Buchbinderkassen ist, ob er mir als dreijähriger Krankenkontrollleur etwas nachsagen könne? Antwort: Nein! Hierauf trug ich nachstehendes vor: Vor vier oder fünf Jahren war ich einmal vier Tage krank. Als ich mein Krankengeld erheben wollte, sagte der Kassierer Johner zu mir: Das Datum des ärztlichen Attestes stimmt nicht, ich scheine in der Weltgeschichte voraus

zu leben. Als ich mich gegen eine solche versteckte perfide Verdächtigung verwahrte, verwies mich der Kassierer Johner auf seinen Kalender. Nachdem ich den Kalender bejah, mußte ich die Wahrnehmung machen, daß dieser Herr in der Weltgeschichte um ein Jahr zurücklebte, denn der Kalender war vom vergangenen Jahre. Da ein solches Vorkommen in der Kollegenchaft berechtigtes Mißtrauen hervorgerufen muß, machte ich Johner auf seinen alten Kalender aufmerksam. Er hat mich himmelhoch, ich solle von diesem Vorfalle keinen Menschen etwas sagen. Ich habe mein Wort gehalten. Nach dieser Schilderung sagte ich zu Heer, daß die freien Gewerkschaftler doch christlicher sind als die Christlichen. Eine Antwort erfolgte hierauf nicht. Ferner erklärte ich, wenn ich einen Streiftrecher gemacht hätte, dürfte Heer einen solchen Vorwurf nach einer solchen langen Zeit keinen Menschen mehr machen, da dieses strafbar sei, zweitens komme hier die Existenz in Frage, da der Streiftrecher bei den freien Gewerkschaften sehr streng aufgefaßt wird. Ich bezweifle mich hier auf den Vorstehenden des Sühngerichtes, der meine Ausführungen bestätigen muß. Ich habe mich lange besonnen, ehe ich einen Vergleich zustimmte, denn Heer hatte keine Beweise und ich lag es ob, die Beweise zu erbringen. Ich bedaure heute lebhaft einem Vergleich zugestimmt zu haben. Eintheilen dieses zur Steuer der Wahrheit, auf die christlichen Geldentaten komme ich noch zurück. E. Damm.

Karlsruhe. Am Samstag, den 8. Mai, fand unsere Generalversammlung statt, die einen schönen sachlichen Verlauf nahm. Die gutbesuchte Versammlung nahm zunächst den Geschäfts- und Kasienbericht sowie die Mitgliederbewegung entgegen. Den Geschäftsbericht erstattete Kesselhauf. Es fanden im ersten Quartal 1 General-, 4 Mitglieder- sowie 1 öffentliche Versammlung statt, letztere wurde aus Anlaß des in Laß stattgefundenen Goutages von seiten des Gauvorstandes einberufen, und war Kollege Fette aus Stuttgart als Referent erschienen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 48 männliche und 18 weibliche Mitglieder, also eine Zunahme von vier weiblichen. Zum letzten Goutag waren zwei Kollegen delegiert. Den Kasienbericht gibt Haage. Die Verbandskasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 442,55 Mk. Die Lokalkasse weist eine Einnahme von 412,91 Mk. und eine Ausgabe von 114,87 Mk. auf. Sodann war eine Vorstehenden-Ergebniswahl notwendig. Es wurde zum ersten Vorstehenden gewählt Zeising und zum zweiten Vorstehenden Lauer. Auch wurden der Frau Marktanner zum Tode ihres Mannes, der früher unser Vorstehender war, 10 Mk. aus der Lokalkasse überwiesen. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, sich an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes unter der neuen Leitung auch rege zu beteiligen, schloß der Vorstehende die imposante Versammlung.

Leipzig. In der am 10. Mai stattgefundenen ersten Generalversammlung der Zahlstelle stand zunächst der gedruckte vorliegende Geschäfts- und Kasienbericht für das 1. Quartal zur Diskussion. An bemerkenswerten Einzelheiten ist demselben zu entnehmen: Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 3547, davon waren 1931 männliche und 1626 weibliche Mitglieder. Es ist demnach ein Verlust von 67 Mitgliedern zu verzeichnen, der seine Ursache in dem schlechten Geschäftsgang findet. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 25 884,83 Mk., davon sind 15 629,75 Mk. an die Verbandskasse eingekassiert worden, während 4141,50 Mk. bzw. 3086,95 Mk. für Arbeitslosen- resp. Krankenunterstützung verausgabt wurden. Die Lokalkasse verfügt über einen Kassenbestand von 22 449,21 Mk., hat also im 1. Quartal einen Ueberschuß von 1540,80 Mk. erzielt. Der Fachverein hat eine Mitgliederzunahme von 42 zu verzeichnen. Das Vermögen desselben ist um 1237,55 Mk. gestiegen und beziffert sich auf 26 807,53 Mk. Die Bibliothek ist seit ihrem Bestehen in der Berichtsperiode am stärksten benützt worden. Die Leserschaft betrug in den drei Monaten 163 bzw. 172 bzw. 182, die insgesamt 1865 Bücher entnahmen. Neuanschaffungen sind 140 gemacht worden, so daß die Bibliothek am 31. März über einen Bestand von 1894 Büchern verfügte. Auf Antrag der Mitglieder eines größeren Betriebes wurde der Bevollmächtigte beauftragt, den Verbandsvorstand darüber zu interpellieren, welche Berechtigung der Bestimmung des Handbuchs zugrunde liegt, nach der ausstehenden Mitgliedern der Sonntag als Unterstützungstag entgegen wird. Es wird empfohlen, eventuell eine Beschwärde beim Ausschuss einzureichen. Eine sich notwendig machende Ersatzwahl eines Revisors ergibt die Wahl des Kollegen Otto Helm. Der Tagesordnungspunkt: „Stellungnahme gegen die Firma Friedrich wegen tariflicher Differenzen“ erübrigt sich näher zu behandeln, weil es bereits vor der Versammlung gelunnen war, eine befriedigende Regelung mit der Firma herbeizuführen.

* Von einem Kartell fehlt die Angabe der Mitgliederzahl.

Zur Finanzierung des Volkshausaalbaues ist vom Gewerkschaftsrat beschlossen worden, weitere Mittel in Höhe von 1,50 Mk. pro männliches und 0,75 Mk. pro weibliches Mitglied aufzubringen. Der auf uns entfallende Betrag beträgt demnach 4087,50 Mark und erreicht einschließlich der bereits abgeführten 7200 Mk. eine Summe von 11 287,50 Mk. Es wird beschlossen, 1500 Mk. sofort abzuführen, den Restbetrag jedoch Anfang des nächsten Jahres zu deden. Das Verlangen eines Kollegen, diese Summe als Vermögen zu buchen, wird als beneidenswerter Optimismus bezeichnet. Im übrigen kommt jedoch zum Ausdruck, daß man wünscht, von weiteren Forderungen für das „Volkshaus“ verschont zu bleiben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken der seit der letzten Generalversammlung verstorbenen Kollegen Richard Großmann, Paul Hödel, Wilhelm Ledemann, Alfred Esche, Hugo Leborg, Richard Höpfer, Hugo Friedrich, Martin Sölle, Walter Meiner, Hugo Linke und Otto Ebdorf durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Berlin. Die am 13. Mai stattgefundene Generalversammlung unserer Zahlstelle war leider, wie alljährlich um diese Zeit, wieder einmal nur sehr schwach besetzt. Die immer noch andauernde Jekt erst in allen Branchen nachwirkende schlechte Konjunktur vermag dies nur zum Teil zu erklären. Ebenso bedauerlich ist es, wie der Bevollmächtigte bei Eröffnung der Versammlung bemerkte, daß die Zahlstelle seit Beginn des Jahres immer noch keinen Schriftführer zur Verfügung hat. Für diese Versammlungsabend wurde deshalb Kollege Paul Zahn von den Anwesenden gewählt. Vor Beginn der Tagesordnung gebietet der Vorsitzende der nachstehenden im verflochtenen Quartal verstorbenen Mitglieder: Andreas Cornelius, Stanislaus Wlodark, Michaelis Franz, Adolf Proß, Otto Fischer, Paul Binder, Gustav Hinge, Paul Ziebertmann, Fritz Duandt, Martha Metke, Ida Dober, Berta Geste, Marie Blume, deren Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wird. — Bezüglich der von der Stadt Berlin sowie von der Berliner Gewerkschaftskommission im vergangenen Winter beantragten Arbeitslosen-Zählung sei zu berichten, daß am Zählungstage 604 Arbeitslose unserer Zahlstelle angehört. Trotz alledem habe sich der etwas gestiegene Mitgliederstand wieder um 115 neue Mitglieder vermehrt. Aller weiteren geschäftlichen Mitteilungen glaubte der Vorsitzende sich enthalten zu können, in Rücksicht auf den als Zeitungsbeilage bereits allen Mitgliedern zugänglich gewordenen gedruckten Geschäfts- und Kassenbericht, andererseits aus Anlaß der schlecht besetzten Versammlung. Der Kassierer Wytomski ergänzt in einigen Ausführungen den Kassenbericht, der infolge der vielen Unterstützungen zum erstenmal seit der großen Auslieferung wieder ein Defizit aufweist. Es werde sich unbedingt eine weitere Erhöhung der Lokalzuschläge als dringend notwendig erweisen, wenn wir unsere Hauptaufgabe als Kampfgesellschaft im Interesse unserer Mitglieder erfüllen wollen, anderenfalls können wir nur noch als Unterstützungsbereine vegetieren. Es sei unmöglich, nach dem 1. Juli dieses Jahres noch weitere erhöhte Unterstützungen zu gewähren, da auch die Berliner Gewerkschaftskommission bereits Unterstützungen an das Gewerkschaftshaus wünschte. Eine eigentliche Aussprache zeitigten diese Ausführungen nicht, so daß die Versammlung auf Antrag der Revisoren den Funktionären Entlastung erteilte. Von zwei Rednern wurde das eigenartige „Versehen“ gerügt, daß über unsere von 1330 Personen besuchte Maifeierversammlung kein Bericht im „Vorwärts“ enthalten war. — Die in der Versammlung der Luxuspapierbranche am 22. April d. J. zur Annahme gelangte, in Nr. 18 vom 1. Mai unserer Zeitung bereits mitgeteilte Resolution betreffend die Anstellung eines Agitationsleiters für Berlin und Umgegend wurde von der Generalversammlung ebenfalls erfolgreich unterstützt. — Ein Antrag, wonach alle Anträge auf Geldebewilligungen, Unterstützungen usw. spätestens vierzehn Tage vor dem Jahresanfang bei den Besprechungen der Generalversammlung erst der Ortsverwaltung zur Begutachtung zu überweisen seien, gelangte zur Annahme; desgleichen ein Antrag, die Ortsverwaltung zu beauftragen, einen Entwurf auszusarbeiten, welcher die Generalversammlung aus in den Branchenversammlungen im Januar zu wählenden Delegierten konstituiert. — Zum demnächst stattfindenden Goutag für Gau I in Mathemow werden Herzog, Hoffmann, Teufsch und Lippoldt als Delegierte gewählt. Kemfer ergänzte den bereits in der Zeitung erschienenen Bericht noch dahin, daß voraussichtlich noch im Verlauf dieses Jahres ein Arbeitsnachweis für den Gau errichtet wird, falls die Notwendigkeit sich ergeben sollte. Wytomski ersucht alle sich eventuell krank meldenden Mitglieder, ihre Mitgliedsbücher sich stets von den Vertrauenspersonen berechtigen zu lassen, sofern sie in größeren Arbeitsstätten tätig sind usw. — Eine Anfrage wegen Nicht-

einberufung einer allgemeinen Delegiertenversammlung anlässlich der Maifeier beantwortet Klar dahin, daß wegen der Gleichartigkeit der Resolutionen eine Notwendigkeit hierfür nicht erachtet wurde. Im übrigen ersucht der Vorsitzende die Mitglieder um rege Beteiligung an den von den Zahlstellen für diesen Sommer angeordneten Veranstaltungen, wie auch an allen nächsten Versammlungen, worauf — ein für Berlin außergewöhnliches Ereignis — bereits um 10 1/2 Uhr die Verhandlungen beendet wurden.

Mürnberg. Welche ungeheuren Folgen die kapitalistische Ausbeutung zeitigt, illustriert einmal wieder folgender drastischer Vorfall: In der Kunstanstalt Krowald war seit längerer Zeit eine Kollegin an der großen Prägepresse beschäftigt für den Lohn von 12 Mk. pro Woche. Die Arbeit an genannter Maschine erfordert eine ziemlich weitgehende körperliche Anstrengung, die für den weiblichen Organismus nichts weniger als den Ruin bedeutet. Zu einer derartigen schweren Arbeitsleistung ist eine kräftige männliche Arbeitskraft notwendig. Das beweist Klar und deutlich die Tatsache, daß fragliche Kollegin infolge Ueberanstrengung körperlich ruiniert wurde. Die an genannter Prägepresse tätige Arbeiterin befand sich in geeigneten Umständen. Im Monat September 1908 hatte die übermenschliche Anstrengung zur Folge, daß sie nach sechsmonatlicher Schwangerschaft unglücklich niederkam. Dieser Zustand zog eine siebenwöchentliche schwere Erkrankung nach sich. Angesichts dieses Vorfalles hätte man doch — vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet — annehmen dürfen, daß man die also schwer an ihrer Gesundheit geschädigte Frau nach erfolgter Genesung nicht wieder an diese geradezu mörderische Maschine gestellt hätte. Es hätte doch wahrlich in diesem Falle nichts näher liegen müssen, als dieser Kollegin leichtere Arbeit zu übertragen. Weit gefehlt! Die schwere Arbeitsleistung wurde ihr auch fernerhin zugemutet. Mitte April 1909 erlag sie ihrer Last und mußte von der Arbeitsstelle hinweg nach dem Krankenhaus verbracht werden. Die ärztliche Untersuchung ergab sehr schwere Verletzung n wichtiger Unterleibsorgane. Nach vierwöchentlichem Kur im Krankenhaus erfolgte die Entlassung unter ebensolanger Schonung bezw. Arbeitsunfähigkeit. Der Zustand fraglicher Kollegin ist jedoch derartig, daß sie als Trägerin nie wieder arbeitsfähig werden wird! — Sie ist also so gut wie invalid und das in den besten Jahren.

Wie vielen Arbeiterinnen mag wohl tagtäglich ein ähnliches Schicksal blühen? Wie viele mögen es sein, die auf gleichem Wege im schönsten Alter, wenn nicht gar in früher Jugend, körperlich zugrunde gerichtet werden? — Es wäre sehr wertvoll, hierüber eine genaue Statistik aufnehmen zu können. Diese würde zeigen, daß auf dem Schlachtfelde der Industrie jährlich Tausende und aber Tausende, hauptsächlich Arbeiterinnen, zu Krüppeln und Invaliden gemacht, dem schönen Mammon zum Opfer fallen. Es handelt sich nicht etwa um einen Ausnahmefall, sondern man hat es hier mit der Regel zu tun. Annehmlich in allen Kunstankalten herrscht die Gepflogenheit, an Prägepressen ausschließlich Kolleginnen zu beschäftigen. So ist zurzeit am Plage Münbergs-Fürth eine einzige Firma bekannt, die an einigen Prägepressen noch Kollegen beschäftigt. Aber auch da macht sich in letzter Zeit immer mehr das Bestreben bemerkbar, an Stelle der männlichen die billigere weibliche Arbeitskraft zu setzen.

Die Figura zeigt, handelt es sich um ein besonders krafftes Uebel, dem mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf den Leib gerückt werden muß. Man kann doch wahrlich nicht ruhig zusehen, wie auf solche Art und Weise Hunderte, ja Tausende von Kolleginnen ihrem sichern Ruin entgegengehen! Diese Zustände zeigen ein erschreckendes Bild namenlosen Elends und graufamer Vernichtung von Leben und Gesundheit unglücklicher Arbeiterinnen. Die Profitgier des modernen Unternehmertums entkühlt sich hier als furchtbares Ungeheuer. Rücksichtslos wird Raubbau getrieben mit Leben und Gesundheit, unbekümmert darum, ob jahraus jahrein Tausende von Arbeiterinnen in den besten Jahren zugrunde gehen. Der Kapitalist kennt nur eine Lebensaufgabe — die Jagd nach Profit! Mag dadurch das Wohlergehen der breiten Massen, die Volksgesundheit graufam vernichtet werden, was kümmert es die herzlosen Ausbeuter. An Stelle einer körperlich zugrunde gerichteten Arbeiterin treten womöglich zehn andere — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb — um über kurz oder lang dem gleich furchtbaren Schicksal anheimzufallen wie erfierc.

Es soll nicht veräußert werden, bei dieser Gelegenheit auch einige Betrachtungen den Lohnverhältnissen der Kunstankalten (Abteilung Buchbinder) zu widmen. In der sogenannten unparteiischen Presse („General-Anzeiger“) prangen sehr oft Inferate folgenden Inhalts: „Trägerinnen und Arbeitsmädchen für Buchbinderei bei hohem Lohn gesucht!“ Den sich meldenden Reflektanten

werden dann die „horrenden“ Löhne von 7 bis 9 Mk. pro Woche angeboten. Es klingt geradezu wie blutiger Hohn, wenn man Arbeitskräfte gegen hohen Lohn sucht und es waag, derartige Hungerlöhne anzubieten. Vielfach hört man Klagen über Mangel an tüchtigen Arbeiterinnen, auch jammert man über großen Wechsel und dergleichen mehr. Angesichts solcher Hungerlöhne darf es wahrlich nicht wundernehmen, wenn die Kolleginnen nach wenigen Wochen ein solches Eshorado wieder verlassen bezw. unter solch entwürdigenden Bedingungen überhaupt keine Arbeit annehmen. Bei solchen Löhnen sind die Kolleginnen gezwungen, trotz Arbeitsleistung buchstäblich zu hungern, denn kein vernünftiger Mensch wird etwa glauben machen wollen, daß eine Kollegin bei einem Lohn von 7 bis 9 Mk. pro Woche imstande ist, sich satt zu essen, geschweige denn menschenwürdig zu existieren. Gibt nun wirklich einmal eine Arbeitssuchende ihrer Enttäuschung Ausdruck über die angeblich „hohen“ Löhne, so erhält sie zur Antwort: „Wir würden Ihnen schon ganz gerne einen höheren Lohn bezahlen, allein wir müßten dann alle anderen auch höher entlohnen. Es ist also ganz deutlich ersichtlich, daß man sehr wohl höhere Löhne bezahlen könnte, wenn — ja wenn man nur wollte! Angesichts solcher Zustände und der grauenhaften Opfer des industriellen Schlachtfeldes muß man unwillkürlich die Frage aufwerfen: Ist die Arbeiterschaft dieser furchtbaren Ausbeutung gegenüber machtlos? — Gewiß ist sie solange machtlos, als sie sich solchen Vorkommnissen gleichgültig gegenüberstellt. Solange noch ein großer Teil unserer Kollegen und Kolleginnen, in Gleichgültigkeit und Laueheit versunken, sich resigniert in solch grauenhafte Zustände fügt, kann an eine durchgreifende Remedur nicht gedacht werden.

Kollegen und Kolleginnen der Kunstankalten! Wollt Ihr länger tatenlos unter solch trostlosen Umständen eure Haut zu Marke tragen? Fühlt Ihr nicht selber, daß es so unmöglich weiter gehen kann? Einzelne sind wir nichts, vereint alles! Schließt Euch der zuständigen Organisation, dem Deutschen Buchbinderverband, an, um mit dessen Hilfe das grauenhafte Elend aus der Welt zu schaffen. Zögert nicht länger, ergreift den Rettungsanker, bevor es zu spät ist.

Rundschau.

Mit dem Polizeifabel in intimste Berührung ist am 31. Januar dieses Jahres unser Kollege Ch. Meyer in Hannover gekommen, wie wir erst jetzt anlässlich der Berichterstattung in der Presse über die Gerichtsverhandlungen des damaligen Zusammenstoßes der Polizei mit friedlichen Bürgern erfahren. Kollege M. war, wie die Verhandlungen ergaben, absolut unbeteiligt und nur dem Zufall hat er es zu danken, daß er plötzlich in das durch ungeschickte oder übernerböse polizeiliche Maßnahmen entstandene Gedränge geriet. Dabei erhielt er einen heftigen Schlag hinterwärts auf den Hinterkopf, so daß Gut und Futterleder glatt durchschnitten wurden und M. eine klaffende Kopfwunde davontrug, die ihm im Krankenhaus bernäht werden mußte. So ist es: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn

Versammlungsreform. Die Kölner Volkshausverwaltung hat den Vorständen der Arbeiterorganisationen eine Aufstellung der Mietpreise zugehen lassen, die für die einzelnen Zimmer und Säle bezahlt werden müssen, wenn nicht serbieret wird. Die Mietätze schwanken zwischen 1 Mk. und 40 Mk. (großer Saal einschließlich Heizung und Beleuchtung) und sind verhältnismäßig so niedrig, daß sofort in die Augen springt, wie sehr sich — abgesehen von der erhöhten Aufmerksamkeit — das Versammlungsleben verbilligen ließe, wenn die Organisationen dazu übergingen, Miete zu zahlen und das Servieren auszuscheiden. Die Aufstellung des Kölner Volkshauses zeigt, daß der Beitrag für die Miete auf das einzelne Mitglied im ganzen Jahr nur so viel betragen würde, wie jetzt jeder in 3-4 Versammlungen ausgibt. Selbstverständlich würde das neue System auch die finanzielle Seite der Volkshäuser günstig beeinflussen, die nur zu häufig — man denke an die Krise und Arbeitslosigkeit — bei schlechtem Versammlungsbesuch die Kosten für Beleuchtung und Heizung der Räume nicht herauszuschlagen können. Es wäre zu begrüßen, wenn die Arbeiterorganisationen diese Frage erörtern würden.

Uns scheint, als wenn dieser im „Vorwärts“ vom 8. Mai enthaltene Vorschlag geeignet wäre, der vielerorten bestehenden Gewerkschaftshausmisere abzuhelfen. Eine Regelung nach dieser Seite hin auf dem angeregten Wege würde unsern vollsten Beifall finden.

ssc. Grundrente und Gemeinwohl. Als ein Beweis für die Notwendigkeit der Ueberführung alles in der Nähe der Städte gelegenen Baulandes in den Besitz der Gemeinden ist die Gestaltung und Entwicklung des von der Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. im Erbbaurecht errichteten Häuserblocks an der äußersten Außenlinie der Stadt anzusehen.

Das 17 580 Quadratmeter umfassende Gelände stellte zur Zeit, als die Bebauung in Angriff genommen wurde, einen Wert von 131 250 Mk. dar. Für Kanäle und Straßen wurden 72 730 Mk. aufgewandt, die gesamten Herstellungskosten des Blocks betragen 1 506 000 Mk. Der Vertrag mit dem Weisfrauenstift, der Eigentümerin des Geländes, wurde auf 20 Jahre abgeschlossen. Nach verlässlicher Schätzung wird das im Jahre 1901 für 131 250 Mk. erworbene Terrain im Jahre 1921 einen Mindestwert von 875 000 Mk. und die Gebäude in Straßen, die ja dann vertragsmäßig dem Stifte zufallen, nach reiflicher Abschreibung einen solchen von 1 Million Mark, zusammen also 1 875 000 Mk. haben. — Nur durch Ueberführung allen verfügbaren Landes in Gemeindebesitz und durch Erbbauverträge für die zu errichtenden Gebäulichkeiten kann verhütet werden, daß die private Spekulation sich die Arbeitskraft von Generationen und die durch die Ausdehnung der Städte, die Anlage von Straßen, Kanalisation usw. gesteigerten Bodenwerte zunutze macht.

Bekanntmachung.

Gau 6/7. Zu dem am Sonntag, den 30. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“ in Lübeck, Johannisstraße 50, stattfindenden

Gautag

erzuchen wir die Teilnehmer, ihre Ankunft nach Möglichkeit bis 9 Uhr vormittags einzurichten.

Die Delegierten und Gäste erziehen wir, ihre Ankunft, sowie ob Nachtquartier gewünscht wird, dem Bevollmächtigten, Kollegen R. Zimmermann, Lübeck, Othendorfsstraße 52, II, mitzuteilen.

Am Sonnabend abend und Sonntag vormittag wird das Empfangskomitee, erkenntlich an weiß und grüner Rosette, am Bahnhof anwesend sein.

Zu Ehren der Delegierten und Gäste veranstaltet die Zahlstelle Lübeck am Sonnabend, abends 8 Uhr, einen Sommer.

Der Gauvorstand.

Abrechnung

vom Wertstufenstreik bei der Firma Weigert, Berlin.

Einnahme:

Zentralkasse	91,10 Mk.
Lozalkasse	111,20 „
Summa	202,30 Mk.

Ausgabe:

Zentralkasse:	
2 verheiratete Kollegen . . .	19,85
4 ledige Kollegen	28,—
7 Kolleginnen	32,75
Persönliche Inkosten	10,50
	91,10 Mk.

Lozalkasse:

Lozalkaufschläge zu obiger	
Unterstützung	15,60
5 verheiratete Kollegen . . .	39,10
11 Kolleginnen	56,50
	111,20 „
Summa	202,30 Mk.

Abrechnung

vom Wertstufenstreik bei der Firma Bojse, Berlin.

Einnahme:

Zentralkasse	79,40 Mk.
Lozalkasse	81,—
Summa	160,40 Mk.

Ausgabe:

Zentralkasse:	
1 lediger Kollege	8,—
3 Kolleginnen	17,40
Streiposten stehen	36,—
Inserate im „Vorwärts“	18,—
	79,40 Mk.

Lozalkasse:

Lozalkaufschläge zu obigen	
Unterstützungen	6,45
1 verheirateter Kollege	16,70
8 Kolleginnen	57,85
	81,— „
Summa	160,40 Mk.

Die Abrechnungen geprüft und für richtig befunden
Berlin, den 18. April 1909

Paul Jahn. Gustav Galisch.
Otto Thielemann.

Franz Wytomski, Kassierer.

Für unsere Zahlstellenbibliotheken.

Die Generalkommission veranlaßt den Neudruck der Jahrgänge 1890 bis 1899 des „Korrespondenz-Blattes“. Da noch eine Anzahl Exemplare zum Preise von 12 Mk. (alle Jahrgänge 1890 bis 1899 zusammen) zu haben sind, so bietet sich für die Kollegen und die Ortsverwaltungen Gelegenheit, ihre Bibliotheken zu ergänzen. Bestellungen sind direkt an die Generalkommission zu richten und ist bei Bezug auch direkt dorthin zu zahlen.

Adressenänderungen.

Gau 16: Vertrauensmann für Bayreuth:

R. Prossack, Erlangerstr. 18, I.

Ortliche Bevollmächtigte.

Karlsruhe: M. Zeising, Kaiserstr. 47, I.
Köln: W. Hartwig, Rinkenpfaß 6.

Unterstützungs-Auszahler.

Solingen-Wald: M. Kanfers, Solingen, Kirchstraße 54, von 12—1½ und 7½—8½, Sonntags von 1—2 Uhr.

Briefkasten.

Fr. K. in S. Mein, aber ich erwarte gelegentlich Zusendung. — R. S. in M. Inserat kostet 1,40 Mk.

Literarisches.

Für die Agitation. Die Reichstagsrede des Genossen Dr. David zum Etat des Reichskanzlers ist als Sonderabdruck im Verlage der „Volkzeitung“, Mainz, erschienen. Sie gibt einen klaren Ueberblick über die großen Fragen der inneren Politik, die zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Mit schneidendem Scharf wird das klägliche Vergehen des Bülow-Blocks in Sachen der Finanzreform und der Verfassungsreform gezeigelt. Auch sind die Enthüllungen über die Geheimkonferenz der Grubenherren von hervorragender agitatorischer Bedeutung. Zum Schluß stellt Genosse Dr. David dem korrupten herrschenden System die großen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Forderungen der Sozialdemokratie in überaus wirksamer Weise entgegen. So bildet der mit Einleitung und Anmerkungen versehene Sonderabdruck eine vorzügliche, hochaktuelle Agitationsbroschüre, deren Verbreitung der Arbeiterbewegung überall von großem Nutzen sein dürfte. Der Preis des Einzelzemplares beträgt 15 Pf.

Der Kampf des Münchener Tonkünstler-Orchesters und seine Bedeutung für die deutschen Musiker von Max Krashinsky. Preis 60 Pf., 64 Seiten broschiert. München bei G. Ritz u. Co. m. b. H.

Wenn auch bereits früher einzelne Musikerverbände um ihre primitivsten Existenzbedingungen kämpfen mußten, so geschah dies doch niemals mit der Fähigkeit und Opferwilligkeit, wie sie im Falle des ehemaligen Kaim-Orchesters zu konstatieren sind. Wo immer die Musiker ähnliche Konflikte auszufechten haben, werden sie daher auf die Münchener Vorgänge Bezug nehmen müssen, weil hier, in diesem Umfang wohl zum ersten Male, der Kampf der Musiker ganz auf gewerkschaftlicher Basis durchgeführt worden ist.

Diese durchaus sachliche Darstellung der für alle organisierten Arbeiter wichtigen Vorgänge ist daher von bleibendem Wert, da sie die Tatsachen objektiv feststellt.

Wir können die gut ausgestattete Schrift nicht nur allen Musikern, sondern auch allen Gewerkschaftlern, die sich ein klares Bild über den Gegenstand verschaffen wollen, bestens empfehlen.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Gau V.

Am 12. Mai starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied **August Bornmann** im Alter von 21 Jahren. Ehre seinem Andenken! Hierwick a. S.

Paul Szigrist

Marmorierlehrer. Spezial. Marmorierfarben-Fabrik mit elektr. Betrieb. Weltbek. Marmorierfarb. aus Feinst. Pflanzenfarbstoff. Sämtl. Marmorierentwürfen Schnittfarben zu färben. Carageenmoos. Telephon 10783. Leipzig, Talstr. 1.

Bekannt ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **F. Clement, Leipzig**, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.

Witwen-Unterstützungskasse für Buchbinder, Portefeuille-, Kartonnagen-Arbeiter und Linierer zu Leipzig.

(Eingetragen in das Genossenschaftsregister.)

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet Montag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant Weichmann, „Gute Quelle“, Täubchenweg, statt.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Rechenschaftsbericht. 3. Venderung des § 5, Erhöhung der Beiträge. 4. Neu- resp. Ergänzungswahl des Vorstandes. Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen

Der Vorstand.

S. A.: Josef Floß, z. B. Vorsitzender.



Seeburgstrasse 47

Das Geschäftshaus der Firma

O. Th. Winckler, Leipzig

finden nur

Inserate Aufnahme

wenn ihnen der Betrag

beigefügt ist.

Der neue Lohntarif für Buchbinderarbeiten
Preis für Mitglieder 0,85 M. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3,— M.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten
Preis für Mitglieder 0,25 M., für Nichtmitglieder 0,50 M.

Sämtliche Tarife sind zu beziehen durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung nur gegen Voreinsendung des Betrages.